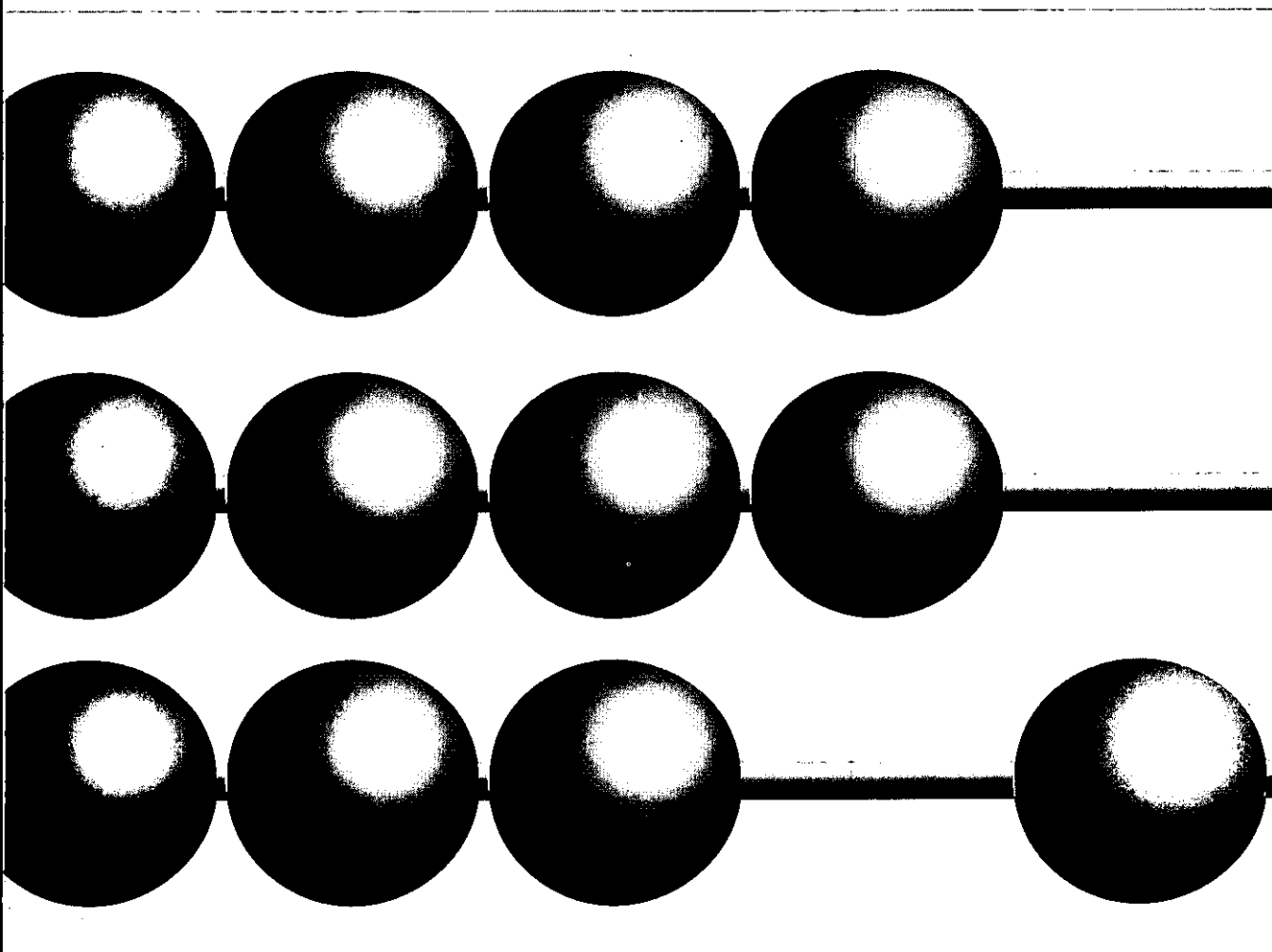


**Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein**
Bibliothek
Standort Kiel

47. Jahrgang, Heft 1
Januar 1995

Statistische Rechtsgrundlagen
Verfügbares Einkommen
Landwirtschaft

Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein



Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Postfach 1141
24100 Kiel

Telefon (0431) 6895-0
Telefax (0431) 6895 498
Datex-J/Btx * 444 50 #

Schriftleitung:
Bernd Struck
App. 286

Vertrieb:
App. 280

Druck:
Schmidt & Klaunig, Kiel

Gedruckt auf chlorfrei
gebleichtem Papier

Erscheinungsfolge monatlich

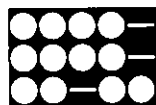
Auflage 650

Einzelheft DM 4,--
Jahresbezug DM 40,--

Erfüllungsort und
Gerichtsstand Kiel

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

ISSN 0947-7373



Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

46. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis 1994

A: Grafik

Heft / Seite

Heft / Seite

Altersaufbau der Bevölkerung am 31. Dezember 1992.....	1 / 14
Altersaufbau der Bevölkerung 1900, 1950, 1980, 1990, 31.12.1992 und 2010	9 / 174
Landeshaushalt 1994	5 / 82

Milchquoten	11 / 204
-------------------	----------

Privater Verbrauch 1993: Langlebige Güter	2 / 34
--	--------

Regionale Volkswirtschaftliche Gesamt- rechnungen: Praxis und Perspektiven.....	1 / 5
--	-------

Schleswig-Holstein im Jahre 1993.....	3/4 / 38
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1993.....	6/7 / 126
Struktur der Gehälter und Löhne 1990.....	9 / 161

Umweltökonomische Gesamtrechnung: Verbrauch von Rohstoffen.....	6/7 / 112
Umweltrelevante Darstellungen in Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen....	11 / 214

Verarbeitendes Gewerbe: Leichte Erholung.....	6/7 / 122
Verbrauch von Rohstoffen, Umweltökonomische Gesamtrechnung.....	6/7 / 112

Zwischenörtlicher Preisvergleich: Kiel liegt zwischen Bonn und Hannover	8 / 143
--	---------

B: Titelverzeichnis

Arbeitnehmer mit betrieblicher Altersversorgung 1990.....	5 / 77
Auszubildende: Zahl weiter rückläufig.....	2 / 33

Betriebliche Altersversorgung 1990	5 / 77
Buchbesprechung: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	2 / 28
Bundestagswahl 1994.....	12 / 228

Einkommen und seine Verteilung 1989: Lohn- und Einkommensteuerstatistik.....	2 / 21
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993	10 / 181
Einkommensteuerpflichtige und ihre Einkommen 1989	1 / 12
Europäisches Haushaltspanel.....	9 / 171
Europawahl 1994	8 / 132
Repräsentative Wahlstatistik.....	9 / 153

Gehalts- und Lohnstruktur 1990.....	9 / 161
-------------------------------------	---------

Haushaltspanel, Europäisches.....	9 / 171
-----------------------------------	---------

Kommunalwahl 1994.....	6/7 / 94, 10 / 193
Konjunkturschwäche 1993 in Schleswig-Holstein moderat.....	2 / 32

Langlebige Güter des privaten Verbrauchs 1993	2 / 34
--	--------

C: Schlagwortverzeichnis

Altersaufbau	1 / 14, 9 / 174
Altersversorgung, Betriebliche.....	5 / 77
Anbaufläche.....	3/4 / 46
Arbeitslose	3/4 / 42
Arbeitsmarkt.....	3/4 / 41
Ausbaugewerbe.....	3/4 / 56
Ausfuhr	3/4 / 58
Außenhandel	3/4 / 57
Auszubildende	2 / 33

Heft / Seite

Heft / Seite

Baugenehmigungen 3/4 / 57
 Bauhauptgewerbe 3/4 / 55
 Beschäftigte,
 Landwirtschaft 3/4 / 43
 Verarbeitendes Gewerbe 3/4 / 50
 Sozialversicherungspflichtig 6/7 / 126
 Betriebe, Landwirtschaft 3/4 / 43
 Bevölkerung 3/4 / 38
 Bodennutzung 3/4 / 44
 Bruttoinlandsprodukt 2 / 32, 3/4 / 70
 Bundestagswahl 1994 12 / 228

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 10 / 181
 Einkommensteuerpflichtige 1 / 12
 Einkommensteuerstatistik 2 / 21
 Einzelhandel 3/4 / 59
 Energiewirtschaft 3/4 / 54
 Erträge, Ernten 3/4 / 44
 Erwerbstätige 3/4 / 41
 Europawahl 1994 8 / 132, 9 / 153

Fremdenverkehr 3/4 / 61
 Flächennutzung 3/4 / 43

Gastgewerbe 3/4 / 60
 Gebrauchsgüter 2 / 34
 Gehalts- und Lohnstruktur 9 / 161
 Gemeindesteuern 3/4 / 67
 Gemeindewahl 6/7 / 94, 10 / 193
 Großhandel 3/4 / 58

Handel 3/4 / 57
 Haushaltspanel, Europäisches 9 / 171

Insolvenzen 3/4 / 65

Kommunalwahl 1994 6/7 / 94, 10 / 193
 Kraftfahrzeuge 3/4 / 62
 Kreiswahl 6/7 / 94

Land und Bund im Vergleich 3/4 / 71
 Landeshaushalt 1994 5 / 82
 Landwirtschaft 3/4 / 43
 Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2 / 21

Milcherzeugung 3/4 / 48
 Milchquoten 11 / 204

Preisentwicklung 3/4 / 67
 Preisindex 3/4 / 68

Schlachtungen 3/4 / 48
 Schulen,
 Allgemeinbildende 3/4 / 39
 Berufsbildende 3/4 / 40
 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 6/7 / 126
 Steuern,
 Gemeinde 3/4 / 67
 Staatliche 3/4 / 66
 Straßenverkehrsunfälle 3/4 / 64

Tierbestände und tierische Erzeugung 3/4 / 47

Übernachtungen 3/4 / 62
 Umweltökonomische
 Gesamtrechnung 6/7 / 112, 11 / 214
 Unfälle im Straßenverkehr 3/4 / 64

Verarbeitendes Gewerbe 3/4 / 49, 6/7 / 122
 Verdienste 3/4 / 69
 Verkehr 3/4 / 62
 Viehbestände 3/4 / 47
 Viehhalter 3/4 / 47
 Volkswirtschaftliche
 Gesamtrechnungen 1 / 5, 2 / 28, 11 / 214

Wohnen 3/4 / 55

Zwischenörtlicher Preisvergleich 8 / 143

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

47. Jahrgang • Heft 1

Januar 1995

Inhalt	
• Kurz gefaßt	2
• Aufsätze	
Umfang und Rechtsgrundlagen der Finanz-, der Personal- und der Steuerstatistiken	3
Das Statistische Landesamt bietet fachlich und regional gegliederte Informationen	
– zu den Staats- und Kommunalfinzen des Landes Schleswig-Holstein (Finanzstatistiken),	
– zum Personal im öffentlichen Dienst im Lande (Personalstatistiken) und	
– zu den Ergebnissen der Veranlagungen der Finanzverwaltung zur Besteuerung schleswig-hol- steinischer Einkommen, Vermögen und Umsätze (Steuerstatistiken).	
Darüber hinaus nimmt das Statistische Landesamt einige Rechenarbeiten wahr, die im Zusam- menhang mit der Finanzhoheit des Landes stehen. Entsprechend vielfältig sind die Rechtsgrund- lagen, auf denen diese Arbeiten beruhen.	
Die Finanz- und Personalstatistiken werden seit 1993 auf vereinheitlichter, neuer Rechtsgrundlage geführt, ihr inhaltlicher Umfang hat sich erweitert. Bei den Steuerstatistiken ist eine Novelle in Vor- bereitung. Dies gibt Anlaß, das aus Daten des Finanz- und Steuerwesens gespeiste Berichtssy- stem einmal im Zusammenhang zu schildern. Dazu wird auch ein Blick zurück auf seinen Werde- gang geworfen.	
Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in den Kreisen und kreisfreien Städten	8
Der Aufsatz präsentiert Ergebnisse für die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, die erstmalig flächendeckend in Deutschland – zunächst allerdings nur für die alten Länder – nach Kreisen und kreisfreien Städten zur Verfügung gestellt werden. Er geht zunächst auf die Rolle der sog. Umverteilungsrechnung in den regionalen Gesamtrechnungen ein, schildert einige Methoden- probleme und erläutert, warum diese Ergebnisse zunächst nur für ein so weit zurückliegendes Jahr wie 1989 vorgelegt werden. Erst danach werden die Rechenresultate präsentiert. Der Ergebnisteil tritt hier gegenüber der Methodendarstellung auch quantitativ in den Hintergrund.	
• Kurzbeiträge	
Weniger, aber größere Betriebe in der Landwirtschaft	17
Weniger Gartenbaubetriebe	18
• Entwicklung im Bild	19
<hr/>	
• Beilage	
Zahlenbeilage	
Inhaltsverzeichnis 1994	

Weiterhin positive Impulse im Verarbeitenden Gewerbe

Die Erholung im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins setzte sich im Oktober 1994 weiter fort. Zwar verminderte sich die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat, jedoch fiel der Rückgang mit 3,8 % bzw. 6 400 Personen merklich geringer aus als in den vier Vormonaten, in denen die Beschäftigung im Schnitt um rund 4,5 % bzw. 7 500 bis 8 000 Personen reduziert worden war.

Die Umsätze stiegen um 3,8 %, wobei einem Plus von 5,4 % bei den Inlandsumsätzen ein Minus von 1,3 % im Auslandsgeschäft gegenüberstand.

Die Auftragseingänge expandierten mit 3,2 % nicht so stark wie in den durch mehrere Großaufträge geprägten Vormonaten. Zudem wies der Ordereingang im Oktober des Vorjahres – bedingt durch einen ausländischen Schiffbaugroßauftrag – ein sehr hohes Niveau auf. Ohne den Schiffbau ergab sich deshalb für den Berichtsmonat ein Plus der Auftragseingänge von fast 16 %.

Ein Fünftel mehr Baugenehmigungen

In den ersten zehn Monaten des Jahres 1994 ist die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 20 % auf über 21 300 gestiegen. Von diesen genehmigten Wohnungen sind 9 600 in neuen Mehrfamilienhäusern geplant, 15 % mehr als 1993. Mit dem Bau von genehmigten Eigenheimen sollen 9 200 Wohnungen (+ 29 %) und im Rahmen von Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden mehr als 2 200 (+ 16 %) Wohnungen entstehen. Knapp 400 Wohnungen sind in genehmigten Nichtwohngebäuden vorgesehen.

Bestand an Fremdenbetten weiter aufgestockt

4 700 Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten und 284 Campingplätze mit 6 und mehr Stellplätzen gab es in Schleswig-Holstein am 1. Juli 1994. Das waren 230 Beherbergungsbetriebe mehr als noch zu Jahresbeginn 1993. Die Zahl der Campingplätze blieb gleich. Das Angebot an Gästebetten, die für den Reiseverkehr bereitstanden, stieg um gut 4 800 oder 2,9 % auf 169 000 Betten.

Fast zwei Drittel der Bettenkapazität – insgesamt 103 000 Gästebetten – wurden in den See- und Seeheilbädern an Nord- und Ostsee angeboten. In den Bädern der Nordsee wuchs der Bestand gegenüber

dem Vorjahr um 4,0 % auf 51 600 Betten, in denen der Ostsee um 1,6 % auf 51 400. Auch in den übrigen Gemeindegruppen wurden mehr Betten angeboten. So nahm in den nichtprädikatisierten Gemeinden die Zahl der Fremdenbetten um 2,3 % auf 38 000 Betten zu, in den Erholungsorten um 2,1 % auf 14 000, in den Heilbädern und Kneippkurorten um 1,3 % auf 7 740.

Fremdenverkehr im Oktober: Leicht unter dem Vorjahresergebnis

Im Oktober 1994 kamen nach vorläufigen Ergebnissen 344 000 Übernachtungsgäste in den größeren Beherbergungsstätten des Landes (mit über 8 Betten) an. Das waren 1,2 % weniger Gäste als im Oktober 1993. Die Zahl der gebuchten Übernachtungen (1,7 Mill.) war um 0,7 % geringer als im Vergleichsmonat des Vorjahres.

In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden 3,2 % weniger Übernachtungen gezählt als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres.

Weniger Müll 1993

An die öffentlichen Entsorgungsanlagen Schleswig-Holsteins wurden 1993 1,65 Mill. t Hausmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Sperrmüll, Straßengekehr sowie Markt- und Industrieabfälle angeliefert, knapp 8 % weniger als 1990. Nach vorläufigen Ergebnissen der Statistik über die öffentliche Abfallbeseitigung gelangten 48 % dieser Abfallmenge auf die zehn zentralen Hausmülldeponien, 29 % wurden zu den vier Verbrennungsanlagen gefahren, und 19 % nahmen die 20 Kompostierungsanlagen auf. Der Rest der 1,65 Mill. t Abfälle verteilte sich auf Bodenaushub- und Bauschuttdeponien, Restdeponien sowie Sortieranlagen.

Weniger Straßenverkehrsunfälle und weniger Verkehrstote im Oktober 1994

Nach vorläufigen Ergebnissen registrierte die Polizei des Landes im Oktober 1994 6 113 Straßenverkehrsunfälle, das waren 3 % weniger als im Oktober 1993.

Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden (1 243) verringerte sich um 4 %, die der Unfälle mit nur Sachschaden (4 870) um 3 %. Die Zahl der Verletzten ging um 4 % auf 1 617 zurück.

Es verunglückten 18 Personen tödlich, 11 Personen weniger als im Vorjahresmonat.

Umfang und Rechtsgrundlagen der Finanz-, der Personal- und der Steuerstatistiken

In einem demokratisch verfaßten Gemeinwesen liefert die amtliche Statistik üblicherweise auch Zahlen über den öffentlichen Sektor. Das Statistische Landesamt bietet fachlich und regional gegliederte Informationen

- zu den Staats- und Kommunalfinzen des Landes Schleswig-Holstein (Finanzstatistiken),
- zum Personal im öffentlichen Dienst im Lande (Personalstatistiken) und
- zu den Ergebnissen der Veranlagungen der Finanzverwaltung zur Besteuerung schleswig-holsteinischer Einkommen, Vermögen und Umsätze (Steuerstatistiken).

Darüber hinaus nimmt das Statistische Landesamt einige Rechenarbeiten wahr, die im Zusammenhang mit der Finanzhoheit des Landes stehen. Entsprechend vielfältig sind die Rechtsgrundlagen, auf denen diese Arbeiten beruhen.

Berechnungen zum kommunalen Finanzausgleich, zum Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Abführung der Gewerbesteuerumlage (Gemeindefinanzreform) und für die Schulkostenbeiträge basieren auf Erlassen und Verordnungen der Landesministerien. Die Finanz- und Personalstatistiken werden seit 1993 auf vereinheitlichter, neuer Rechtsgrundlage geführt, ihr inhaltlicher Umfang hat sich erweitert. Bei den Steuerstatistiken ist eine Novelle in Vorbereitung. Dies gibt Anlaß, das aus Daten des Finanz- und Steuerwesens gespeiste Berichtssystem einmal im Zusammenhang zu schildern. Dazu soll auch ein Blick zurück auf seinen Werdegang geworfen werden.

Die Finanz- und Steuerstatistiken sind Bundesstatistiken mit entsprechender Rechtsgrundlage, sie werden auch bundeseinheitlich geführt. Statistiken über die Ergebnisse der Veranlagungen zur Einkommensteuer, Lohnsteuer, Körperschaftsteuer und Vermögensteuer und über die festgestellten Einheitswerte werden in einem Dreijahreszyklus aufbereitet, Umsatzsteuerstatistiken dagegen alle zwei Jahre. Diese Periodizitäten beruhen immer noch auf dem Gesetz über Steuerstatistiken aus dem Jahre 1966. Es ist vorgesehen, diese Rechtsgrundlage den neueren Bestimmungen des Bundesstatistikgesetzes und den veränderten Anforderungen der Nutzer steuerstatistischer Daten anzupassen. Seitens der Bundesministerien, der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und internationaler Stellen wird seit längerer Zeit nachdrücklich die Umstellung der Umsatzsteuerstati-

stik von zwei- auf einjährige Periodizität gefordert. Darüber hinaus ist die Aufnahme einer Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik im Gespräch.

Während die Steuerstatistiken mehr für Analysen von Auswirkungen der Steuerrechtsänderungen und für Steuerschätzungen, im Falle der Umsatzsteuer auch für die laufende Analyse von Konjunktur und Struktur der Wirtschaft benötigt werden, sollen die Finanzstatistiken einen Überblick über die öffentliche Wirtschaft vermitteln, d. h. über Volumen und Zusammensetzung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben. Grundbestandteile der Finanzstatistik sind die Staatsfinanzstatistik und die Gemeindefinanzstatistik. Durch sie werden die Gebietskörperschaften erfaßt, also der Bund, die Länder und die Gemeinden und Gemeindeverbände. Hinzu kommen die staatlichen und kommunalen wirtschaftlichen Unternehmen, die als Eigenbetriebe oder in rechtlich selbständiger Form betrieben werden. Die Finanzstatistik erfaßt auch die Schulden. Die sogenannte Personal- oder synonym auch Personalstandstatistik liefert jährlich u. a. Daten nach Anzahl, Dienstverhältnis, Beschäftigungsbereich und Beschäftigungsort des Personals der öffentlichen Hand.

Eine für die Finanzstatistik umfassende Rechtsgrundlage war erst durch das Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 geschaffen worden.

Die durch die große Koalition in Bonn Ende der 60er Jahre eingeleitete Reform des Haushaltsrechts führte in den 70er Jahren zu bundeseinheitlichen Haushaltssystematiken in einer Gliederung nach staatlichen und kommunalen Aufgabenbereichen einerseits und volkswirtschaftlichen Kreislaufaggregaten andererseits. Dies war wichtige Voraussetzung dafür, die Automation im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der öffentlichen Finanzwirtschaften zu beschleunigen und den Datenträgeraustausch für sekundärstatistische Zwecke zu nutzen.

Diese Reform hatte auch die Erweiterung des Erhebungsprogramms der Finanzstatistik zur Folge. Grundlage war das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Finanzstatistik vom 12. Juli 1973. Neugefaßt wurde insbesondere der Berichtskreis und das Erhebungsprogramm der vierteljährlichen Gemeindefinanzstatistik. Um frühzeitig einen Überblick über die Gestaltung der Ausgaben und der Einnahmeerwartungen der Gebietskörperschaften zu gewinnen, wurde 1973 auch die kommunale Finanzplanungstatistik

eingeführt. Seit 1974 sind auch die Zweckverbände und andere juristische Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit ebenso wie die Sozialversicherungsträger, die Bundesanstalt für Arbeit und die Träger der Zusatzversorgung in die Finanzstatistik einbezogen.

Bereits das Gesetz über die Finanzstatistiken vom 8. Juni 1960 hatte vorgesehen, für die öffentlichen Wirtschaftsunternehmen jährlich Daten der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen zu erheben.

Dieses Gesetz hatte auch schon die Erfassung des Personals angeordnet, jedoch nur für jenes der Gebietskörperschaften. Daher hatte es zwar Zahlen über die Beschäftigten der Eigenbetriebe als kommunales Personal gegeben, nicht aber über die Beschäftigten der in rechtlich selbständiger Form betriebenen Unternehmen. Das Finanzstatistikgesetz in der Fassung vom 12. Juli 1973 machte nun nicht mehr nur die Eigenbetriebe berichtspflichtig, sondern alle Einrichtungen und Unternehmen, für die „Sonderrechnungen nach dem Eigenbetriebsrecht“ geführt werden.

Die rechtlich selbständigen Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, die aus öffentlichen Zuschüssen finanziert werden, konnten 1976 in die Statistik einbezogen werden. Durch das Hochschulstatistikgesetz wurde eine Hochschulfinanzstatistik angeordnet, die ab 1976 im wesentlichen eine Untergliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Arten und Fächergruppen vorsieht und insofern überwiegend eine Zusatzerhebung zur Staatsfinanzstatistik darstellt.

Die Reform der Personalstatistiken nahm das Konzept einer neunjährlichen Strukturhebung auf, die aufgrund des Gesetzes über eine Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst vom 15. Mai 1968 in jenem Jahr einmalig durchgeführt worden war. Zur laufenden Beobachtung der Personalfluktuations wurde außerdem eine regelmäßige Erhebung der Personalzugänge und Personalabgänge nach ausgewählten Gründen eingeführt, dazu ab 1974 auch eine Statistik über die Empfänger von Versorgungsbezügen.

Wurde in den 70er Jahren die Finanzstatistik erweitert, so sind in den 80er Jahren wieder Einschränkungen vorgenommen worden: Das sogenannte Erste Statistikbereinigungsgesetz vom 14. März 1980, umgesetzt im neugefaßten Gesetz über die Finanzstatistik vom 11. Juni 1980, führte eine Abschnidegrenze bei den aus öffentlichen Zuschüssen finanzierten Institutionen ein. Darüber hinaus wurde auf die Erfassung der wirtschaftlichen Unternehmen verzichtet, wenn ihre Bilanzsumme unter 2 Mill. DM bei

Wasserwerken oder unter 5 Mill. DM bei den übrigen Betriebsarten lag.

Infolge des Krankenhausfinanzierungsgesetzes und ergänzender Rechtsvorschriften wurde ab Mitte der 70er Jahre die kaufmännische doppelte Buchführung für die öffentlichen Krankenhäuser und Hochschulkliniken schrittweise eingeführt.

Mit der Umstellung des Rechnungswesens wurden die Finanzen aus den öffentlichen Trägerhaushalten ausgegliedert und die kaufmännisch buchenden Krankenhäuser in der Finanzstatistik ab 1979 als eine gesonderte Körperschaftsgruppe dargestellt.

Die Statistikbereinigungsverordnung vom 14. September 1984, aufgegangen im Zweiten Statistikbereinigungsgesetz vom 19. Dezember 1986, beschränkte die Finanz- und Personalstatistiken bei wirtschaftlichen Unternehmen auf die Bereiche Versorgung, Entsorgung und Verkehr; in der Praxis bedeutete jedoch diese Beschränkung eine Erweiterung des Berichtskreises, da zuvor nur Versorgungs- und Verkehrsunternehmen erfaßt worden waren.

Das Finanz- und Personalstatistikgesetz vom 24. Dezember 1992

Ab 1993 gilt für die Statistiken über die öffentlichen Finanzen und das Personal ein neues Gesetz. Daß es alle Erhebungen in diesem Bereich zusammenführt, hat sich auch im Gesetzesnamen niederschlagen. Die Grundstruktur der Neufassung wurde vor allem durch die Anforderungen bestimmt, die sich aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz ergeben haben: Präzise Festlegung der Erhebungseinheiten, der Erhebungsgegenstände, der Merkmale, der Hilfsmerkmale, der Berichtszeiträume, der Auskunftspflichtigen sowie der Genehmigungen für die Übermittlung und Veröffentlichung der Daten. Materiell brachte die Gesetzesnovelle eine wesentliche Verbesserung des finanzstatistischen Instrumentariums.

Die Hauptaufgabe der Finanzstatistik, einen Überblick über die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben zu verschaffen, war in zunehmendem Maße schwerer geworden, weil mehr und mehr Betätigungsfelder der öffentlichen Hand finanzwirtschaftlich aus den staatlichen und kommunalen Haushalten ausgegliedert und in Sonderhaushalten mit kaufmännischem Rechnungswesen überführt wurden. Diese „Flucht aus dem Budget“ konnte – was die Statistik anbetrifft – gestoppt werden, indem alle staatlichen und kommunalen Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen erfaßt werden, für die Sonderrechnungen geführt oder die in rechtlich selbständiger Form betrieben werden. Einrichtungen und Unternehmen in

Erhebungsbereich nach dem FPStatG vom 24.12.1992

Erhebungseinheiten	Personalstandstatistik	Versorgungsempfängerstatistik	Schuldenstatistik	Haushaltsrechnungstatistik	Haushaltsansatzstatistik	Finanzplanungsstatistik	Vierteljährliche Kassenstatistik	Statistik über das staatliche Steueraufkommen	Statistiken über die Umlagesätze und Realsteuern
Bund sowie die Finanzanteile an den Europäischen Gemeinschaften	X	X	X	X	X	X	X	X	
Länder	X	X	X	X	X	X	X	X	
Gemeinden und Gemeindeverbände	X	X	X	X	X		X		X
Zweckverbände und andere juristische Personen zwischen-gemeindlicher Zusammenarbeit	X	X	X	X					
Sozialversicherungsträger, Bundesanstalt für Arbeit, Träger der Zusatzversorgung	X	X		X			X		
Bundespost, Deutsche Bahn	X	X	X	X			X		
Forschungseinrichtungen (Hochschulen, Fachhochschulen)	X	X		X					
Rechtlich selbständige Organisationen ohne Erwerbszweck für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung	X	X		X					
Bundesbank und rechtlich selbständige Anstalten, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit Dienstherrnfähigkeit	X	X							
Krankenhäuser und Hochschulkliniken	X	X	X	X					
Fonds, Einrichtungen und wirtschaftliche Unternehmen	X		X	X ¹					

¹ als Bilanzstatistik

rechtlich selbständiger Form werden allerdings nur dann einbezogen, wenn Bund, Länder, Gemeinden bzw. Gemeindeverbände oder Zweckverbände und andere juristische Personen zwischen-gemeindlicher Zusammenarbeit mit mehr als 50 % des Nennkapi-

tals und Stimmrechts unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind. Berichtspflichtig ist dieser Bereich ab 1993 für die Bilanz-, Schulden- und Personalstatistik (mit Ausnahme der Stiftungen ohne Dienstherrenfähigkeit).

Vierteljährlich werden erstmalig die Ausgaben und Einnahmen der Sozialversicherungsträger unter Bundesaufsicht, der Bundesanstalt für Arbeit und der Träger der Zusatzversorgung einbezogen. Sie stellen einen großen Teilbereich des öffentlichen Gesamthaushalts dar und werden zentral vom Statistischen Bundesamt erhoben. Die kommunale Finanzplanungsstatistik wurde ab 1994 durch eine Haushaltsansatzstatistik in der Gliederungstiefe des Gruppierungsplans ersetzt. Die kleineren Gemeinden sind von dieser Statistik befreit. Durch die Untergrenze (3 000 Einwohner) wird der Berichtskreis eingeschränkt und der Erhebungsaufwand entsprechend vermindert. In Schleswig-Holstein werden daher nur ca. 260 Gemeinden einbezogen, während für den Rest die Ergebnisse geschätzt werden.

Darüber hinaus ist der Berichtskreis um die Deutsche Bundesbank und die rechtlich selbständigen Anstalten, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit Dienstherrenfähigkeit erweitert worden. Die Ergänzung berührt nur die Personalstand- und die Versorgungsempfängerstatistik. Sie ist notwendig, damit die Erfassungslücke bei den Beamten und Versorgungsempfängern geschlossen werden kann.

Der hohe Automatisierungsgrad im Personal- und Versorgungswesen erlaubt es der Statistik, auf bisher nicht erhobene Merkmale zuzugreifen und bei der Datenlieferung den Datenträgeraustausch zu intensivieren.

Der Merkmalskatalog der Personalstandstatistik wurde um wichtige besoldungs- und vergütungsrelevante Merkmale ergänzt. Die bisher erhobene Einstufung nach Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen wurde erweitert um die Dienst- oder Lebensaltersstufe, die Ortszuschlagstufe sowie den Kinderanteil im Ortszuschlag. Als weiteres zusätzliches Merkmal wird der Wohnort der Beamten erfaßt. Für regionale Arbeitsmarktanalysen und für regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen können daraus aktuelle Angaben über die Pendlerverflechtungen abgeleitet werden, die entsprechende Auswertungen der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ergänzen. Da die Teilzeitbeschäftigung in den vergangenen Jahren auch im öffentlichen Dienst einen immer größeren Umfang angenommen hat, ist es notwendig, die Statistik stärker zu differenzieren. Nunmehr wird die vereinbarte Stundenzahl erfragt. Damit wird auch eine Umrechnung in Vollzeitäquivalente möglich.

Die Personalwechselstatistik, die in mehrjährigem Turnus Daten für die Weiterentwicklung des Dienst- und Versorgungsrechts, für die Schätzung des Personalersatzbedarfs sowie der Zugänge zum beamtenrechtlichen Versorgungssystem geliefert hatte, wurde aufgegeben. Die benötigten Daten für die Be-

amten werden künftig aus der erweiterten Versorgungsempfängerstatistik gewonnen.

Die neue Rechtslage erforderte umfangreiche Änderungen und neue Aufbereitungsprogramme. Die Umsetzung führte zu terminlichen Verzögerungen insbesondere bei den Personal-, Versorgungs- und Sonderrechnungsstatistiken, die erst 1995 aufgefangen werden.

Da die Finanzstatistik die Sonderrechnungen auf der Basis der Buchführungsdaten erfaßt und im staatlichen und kommunalen Bereich die Daten als Nebenprodukt der automatisierten Verfahren anfallen, bleibt die Belastung der Auskunftspflichtigen gering. Damit ist gewährleistet, daß die sekundärstatistische Berichterstattung über den öffentlichen Sektor, der einschließlich seiner Wirtschaftsunternehmen grob geschätzt etwa ein Viertel des deutschen Bruttoinlandsprodukts erzeugt und für Staatsverbrauch und Investitionen über ein Drittel dieses Inlandsprodukts beansprucht, kostengünstig bleibt.

Ausblick

Durch die Erweiterungen der Merkmale einzelner Statistiken und insbesondere die Erfassung der Bilanzen, der Schulden und des Personals aller öffentlichen Sonderrechnungen kann die Finanzstatistik die grundlegende Aufgabe erfüllen, ein lückenloses und überschneidungsfreies Gesamtbild aller öffentlichen Finanzen darzustellen.

Die Auswirkungen sich anbahnender, neuer Budgetierungs- und Rechnungssysteme im öffentlichen Bereich und die Konsequenzen für das finanzstatistische Erhebungs-, Aufbereitungs- und Auswertungsprogramm lassen sich jedoch noch nicht abschätzen. Konsequenzen ergeben sich einerseits durch die bereits geschilderte Budgetflucht und andererseits durch Bestrebungen, das öffentliche Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen zu reformieren.

Die erweiterte Bilanzstatistik liefert zwar detaillierte Informationen über die Wirtschaftstätigkeit der öffentlichen Hand und deckt damit auch den Datenbedarf der Europäischen Union im Rahmen der Unternehmensstrukturstatistik ab. Für eine Integration der kameralistisch gewonnenen Daten (aus den Haushalten) mit Ergebnissen der kaufmännischen Buchführung (aus der Bilanzstatistik) fehlen jedoch Angaben über die Zahlungsströme zwischen beiden Bereichen. Sie sind erforderlich, damit bei der statistischen Aggregation eine Bereinigung um Doppelzählungen möglich ist. Da diese Daten in den vorgegebenen Schemata nicht enthalten sind, könnten sie erst nach einer Ergänzung der Haushaltssystematiken ermittelt werden, was nur mittelfristig zu erreichen sein wird.

Durch die Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte werden bei Ländern und Kommunen Überlegungen angestellt, die Kameralistik durch ein leistungsfähigeres Rechnungswesen zu ersetzen und im Haushaltsrecht die Anreize für eine effizientere Ressourcenverwendung zu verstärken.

Die für das kommunale Haushaltswesen zuständigen Bund-Länder-Gremien haben bereits für eine stufenweise Vorgehensweise plädiert: Eine Flexibilisierung des Haushaltsrechts soll Zwischenstufe zu einer späteren grundlegenden Reform des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens werden. In dieser Zwischenstufe ist vorgesehen, die betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise zu verstärken, die Zweckbindung von Einnahmen und die gegenseitige Deckungsfähigkeit von Haushaltsmitteln zu erweitern sowie die Übertragbarkeit von Ausgaben zu erleichtern. Auf eine Erläuterung dieser Haushaltsbegriffe sei hier verzichtet, weil sie wohl keine unmittelbaren Konsequenzen für Umfang und Gliederung der finanzstatistischen Daten haben werden. Die größere

sachliche und zeitliche Flexibilisierung könnte jedoch die Ausgabe- und Einnahmestrukturen und damit auch deren statistischen Nachweis deutlich verändern. Auch mit größeren Abweichungen zwischen den Soll-Daten des Haushaltsplans und den Ist-Daten des Vollzuges und mit Verschiebungen der funktionellen Struktur der Ausgaben ist zu rechnen.

Von der Wissenschaft und von der Praxis wird eine grundlegende Neuorientierung des öffentlichen Rechnungswesens in Richtung kaufmännische Buchführung als geeigneter Weg angesehen. Sowohl bei Kommunal- als auch bei Landeshaushalten werden zur Zeit Modellversuche unter wissenschaftlicher Betreuung durchgeführt. Was künftig gelten wird, läßt sich noch nicht absehen. Auch die Finanzstatistiker wollen auf diese Entwicklung rechtzeitig reagieren können und ihre Beiträge dazu in einer Arbeitsgruppe „Fortentwicklung der Finanzstatistiken“ leisten.

Leonhard Gawlik

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in den Kreisen und kreisfreien Städten

Der folgende Aufsatz präsentiert Ergebnisse für die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, die erstmals flächendeckend in Deutschland – zunächst allerdings nur für die alten Länder – nach Kreisen und kreisfreien Städten zur Verfügung gestellt werden. Er geht zunächst auf die Rolle der sog. Umverteilungsrechnung in den regionalen Gesamtrechnungen ein, schildert einige Methodenprobleme und erläutert, warum diese Ergebnisse zunächst nur für ein so weit zurückliegendes Jahr wie 1989 vorgelegt werden. Erst danach werden die Rechenresultate präsentiert. Der Ergebnisteil tritt hier gegenüber der Methodendarstellung auch quantitativ in den Hintergrund.

Umverteilungsrechnung gewinnt an Bedeutung

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) versuchen, den Wirtschaftsprozess für abgelaufene Zeiträume konsistent und einerseits hinreichend detailliert, andererseits übersichtlich und auf der Grundlage eines Kreislaufmodells abzubilden. Ziel ist es u. a., die Produktion und die Verwendung der wirtschaftlichen Güter sowie die Entstehung, Verteilung, Umverteilung und Verwendung der Einkommen darzustellen. VGR gibt es außer für nationale Volkswirtschaften auch für Regionen. Regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen werden in Deutschland vom Arbeitskreis VGR der Länder aufgestellt. Dessen Haupt- und Rechenprogramm und den definitorischen Zusammenhang zwischen den drei Seiten der VGR – Entstehung, Verteilung und Verwendung des Inlands- bzw. des Sozialprodukts – zeigt die Grafik.

Eine Umverteilungsrechnung nach (alten) Bundesländern gehört bereits seit langem zum Programm des Arbeitskreises VGR der Länder. Im Schema der Drei-Seiten-Rechnung fehlt ein Hinweis darauf, weil sie einen Seitentrieb darstellt: Die Länder-VGR beschränkt sich auf die Ermittlung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Zwischen ihnen und dem in der Verwendungsrechnung nachgewiesenen privaten Verbrauch gibt es insofern keine Berechnungskonsistenz, als beide Größen unabhängig voneinander ermittelt werden.

Die Umverteilung setzt, wenn man im Darstellungsschema der Drei-Seiten-Rechnung bleiben will, beim Volkseinkommen an. Das Volkseinkommen fließt überwiegend (1989 waren es in der Bundesrepublik 95,8 %) den privaten Haushalten zu, zum Teil auch

den Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit in Form der von ihnen einbehaltenen Gewinne (5,9 %) und dem Staat (- 1,7 %).¹

Dem auf die privaten Haushalte entfallenden Teil des Volkseinkommens, also ihren Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen, werden die laufenden Übertragungen, die sie insbesondere in Form von Sozialleistungen erhalten, hinzugerechnet, die geleisteten laufenden Übertragungen wie Sozialbeiträge und Steuern werden in Abzug gebracht. Das Schema (S. 10) soll den Rechengang verdeutlichen.

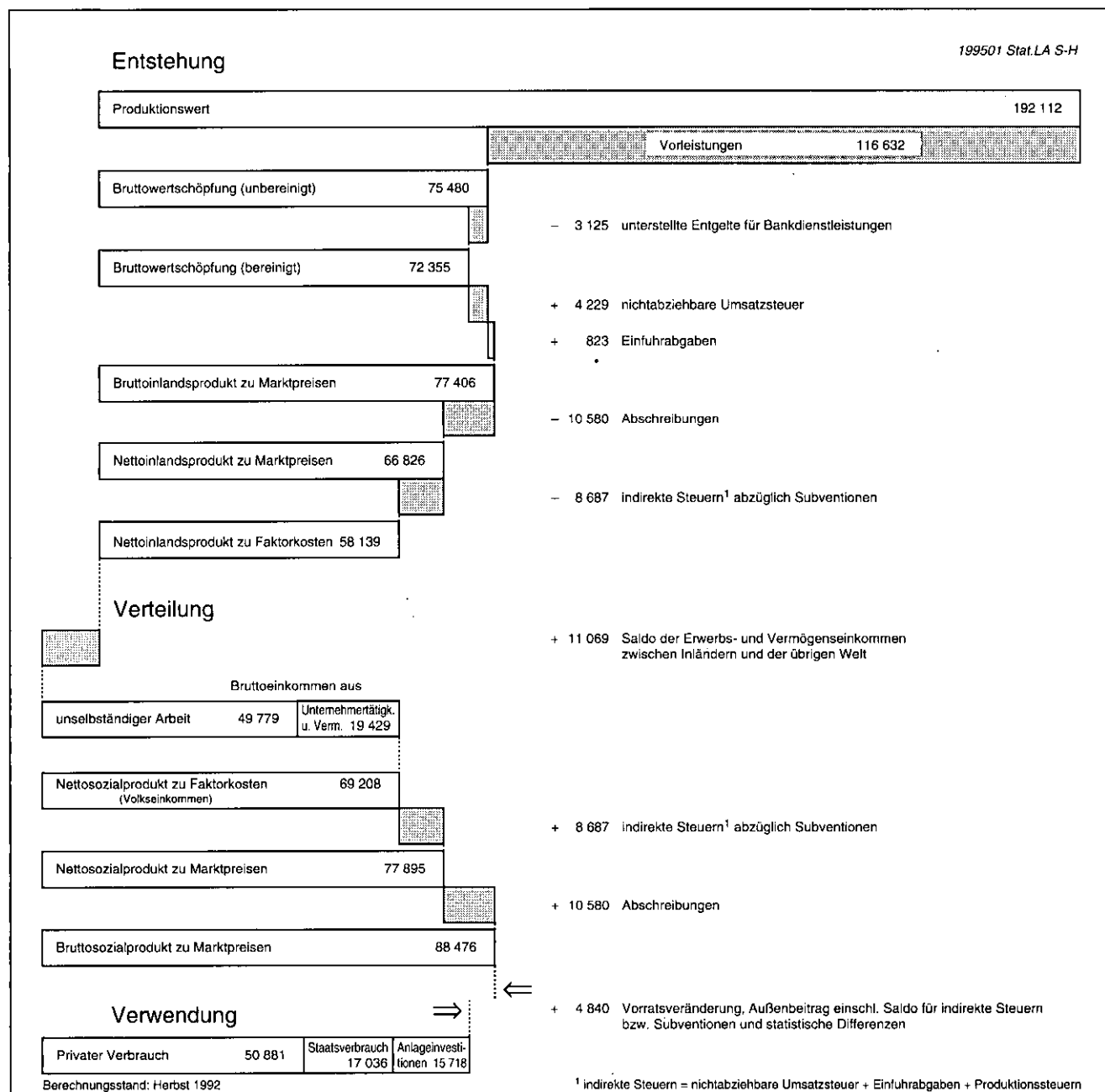
Auch wenn die Ganzheitlichkeit geradezu ein Wesensmerkmal der VGR ist, so galt doch – jedenfalls in den regionalen Gesamtrechnungen – das Hauptaugenmerk bisher der Produktion und, schon mit gewissen Einschränkungen, der Verwendung der Güter und Dienste. In der Regionalrechnung steht noch mehr als in der nationalen VGR das wirtschaftliche Wachstum, hier als Veränderung der Wertschöpfung oder des Bruttoinlandsprodukts, im Mittelpunkt. Aspekte der Einkommensverteilung und -umverteilung standen demgegenüber nicht so im öffentlichen Interesse. Diskussionen über die Verteilung der Einkommen nach Sektoren, Haushaltsgruppen oder Einkommensgrößenklassen werden in der Regel mit Zahlen der nationalen Ebene geführt. Die für Regionen verfügbaren Daten zur Einkommensverteilung fallen relativ spät an und sind unsicherer und weniger detailliert als die der nationalen Gesamtrechnung.

Regionaldaten der Verteilungs- und der Umverteilungsrechnung haben aber gegenüber der Entstehungsrechnung an Beachtung und Bedeutung ge-

¹ Es wird kritisiert, daß beim Staat am zusammengesetzten Begriff „verfügbares Einkommen“ beide Wörter nicht träfen, denn der Staat erziele sein Einkommen nicht oder so gut wie nicht aus ökonomischer Tätigkeit, sondern aus Umverteilung, und die Einnahmen des Staates ließen sich – anders als bei den nichtstaatlichen Sektoren – nicht in „verfügbar“ und „nicht verfügbar“ trennen, weil das Kriterium dafür (Zwangsabgabe an den Staat) für den Staat selbst nicht greife, denn der könne sich ja nicht selbst „zwingen“. Siehe D. Brümmerhoff, Finanzwissenschaft, 5. überarb. und erw. Auflage, München und Wien 1990, S. 27f.

Der Anteil des Staates am Volkseinkommen entspricht der Differenz aus dem vom Staat empfangenen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und den Zinsen auf die öffentliche Schuld. Die Zinsen bewirken, daß dieser Anteil negativ ist.

Sozialprodukt in Schleswig-Holstein 1989
 – in Millionen DM –



Das Volkswirtschaftliche Gesamtprodukt kann ein Inlands- oder ein Inländerprodukt sein, wobei man das Inländerprodukt in der Regel als Sozialprodukt bezeichnet. „Inländer“ wohnen bzw. haben ihren Sitz in der Region. Das Sozialprodukt ist das Ergebnis ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit, die sie auch in der „übrigen Welt“ ausüben können, z. B. als Berufspendler oder Anteilseigner gebietsfremder Unternehmen. Das Inlandsprodukt mißt dagegen die wirtschaftliche Aktivität der Region selbst. An seiner Erstellung nehmen auch Gebietsfremde teil.

Die Grafik vermittelt einen Überblick über Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts. Dabei basiert die Entstehungsrechnung auf dem Inlandskonzept. Der Übergang auf das Inländerkonzept erfolgt hier über den Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der „übrigen Welt“, der für Schleswig-Holstein wegen der starken Pendelverflechtung mit Hamburg besondere Bedeutung hat.

**Einkommen der privaten Haushalte
einschl. der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck**
– dargestellt an Ergebnissen für Schleswig-Holstein 1989 in Mrd. DM –

199502 Stat.LA S-H

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	49,8	
		Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 19,0
Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen (Anteil am Volkseinkommen)	68,8	
		Geleistete laufende Übertragungen 30,0
		Empfangene laufende Übertragungen 19,4
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ¹	58,6	
Privater Verbrauch	50,9	Ersparnis ¹ 7,7

Berechnungsstand: Herbst 1992

¹ ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

wonnen. Für diese Einschätzung spricht schon, daß Wertschöpfung und Inlandsprodukt als Indikator regionaler wirtschaftlicher Leistung heute durchaus auch Kritik erfahren, die teils grundsätzlicher Art ist und teils sich gegen die Stör- und Korrekturanfälligkeit dieser Größen wendet:

– Schon seit längerem wird kritisiert, daß der Zuwachs der Wertschöpfung oder des Inlandsprodukts häufig als Maß des wirtschaftlichen Fortschritts schlechthin oder gar des Wohlstandes überinterpretiert werde. So gibt es Forderungen, die traditionellen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sollten in einer Art Gegenrechnung auch die Folgekosten des Wirtschaftens aufzeigen. Im Statistischen Bundesamt und auch im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein wird an einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung gearbeitet. Sie soll den Zusammenhang zwischen Ökonomie und Ökologie stärker durchleuchten. In dieser Zeitschrift ist darüber mehrfach berichtet worden, zuletzt in Heft 6/7 von 1994.

– Für eine kleine Region wie Schleswig-Holstein und erst recht für kreisfreie Städte und Kreise kommt es immer wieder zu unliebsamen, aber der Definition des darzustellenden Sachverhaltes nach plausiblen Ergebnissprüngen, so etwa, wenn Produktion mit stark durch Verbrauchsteuern aufgeblähtem Marktwert zu- oder abwandert oder wenn große Kraftwerke ans Netz gehen oder abgeschaltet werden.

– Es ist schwer, für die regional diffundierenden Unternehmen die Wertschöpfung, die eigentlich eine unternehmensbezogene Größe ist, nach beteiligten Ländern und Kreisen zu bestimmen. Auf die Verbesserungen der regionalen VGR bei der „Aufteilung“ der Wertschöpfung der sogenannten Mehrländerunternehmen, aber auch auf die damit verbundenen großen Korrekturen, die die Revision 1991 gebracht hat, ist in Heft 10/1992 dieser Zeitschrift hingewiesen worden. Den Nutzer der Statistik, dem schon die iterativen Nachbesserungen am aktuellen Rand der Zeitreihe schwer zu vermit-

tehn sind, stören natürlich derlei Methoden- und Ergebnisanpassungen, die aber auch in Zukunft in etwa fünfjährigen Zeitabständen nötig sind.

Für die jüngste Neuabgrenzung der Fördergebiete nach der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ nach Artikel 91a Grundgesetz hat – vermutlich wegen der genannten Probleme – die Bruttowertschöpfung im Katalog der fünf Indikatoren zur Einstufung der Arbeitsmarktregionen keine Berücksichtigung mehr gefunden. Trotzdem bleibt es natürlich unverzichtbar, regionale Entstehungsrechnung zu betreiben, so gut es eben geht. Und immerhin präsentiert der Arbeitskreis VGR der Länder mit der Wertschöpfung zu Faktorkosten ja auch Ergebnisse, die zwar nicht nach Wirtschaftszweigen gegliedert, aber in denen die Produktionssteuer-Ausschläge des Marktpreiskonzeptes ausgeschaltet sind.

Aber die Umverteilungsrechnung gewinnt nicht nur deshalb an Bedeutung, weil man zu Wertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt ergänzende oder alternative Regionalindikatoren sucht, sondern auch deshalb, weil seit der Wiedervereinigung Deutschlands die Transfers vom Staat wie auch die Steuer- und Beitragslast der privaten Haushalte für deren verfügbare Einkommen eine besondere Rolle spielen und Regionalinformationen über die Einkommen stärker nachgefragt werden, als es vorher der Fall war. Wenn nun außer den Zahlen für die Länder erstmals auch Kreisergebnisse vorgelegt werden, kommt das dem Wunsch vieler Konsumenten entgegen, über das, was irreführenderweise häufig mit „Kaufkraft“ einer Region bezeichnet wird, Daten für die Standortplanung und die Sollvorgabe von Umsätzen im filialisiereten Einzelhandel zu bekommen. „Kaufkraft“ ist mißverständlich, weil dieser Begriff suggeriert, daß preisstatistische Korrekturen berücksichtigt worden wären. Es sei deutlich darauf hingewiesen, daß wegen der regional unterschiedlichen Preise, insbesondere der Mieten, 10 000 DM verfügbares Einkommen in Hamburg eine andere „Kaufkraft“ haben als in Niebüll.

Im übrigen wird das Einkommen natürlich nicht nur in derjenigen Region ausgegeben, für die es als verfügbar nachgewiesen wird. Zum Teil wird es nirgendwo ausgegeben (Ersparnis). Gleichwohl kann das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte als brauchbarer Indikator für das Nachfragepotential der Bevölkerung einer Region angesehen werden.

Methodische Besonderheiten des verfügbaren Einkommens

Das verfügbare Einkommen ist der Betrag, der den privaten Haushalten für Konsum oder Ersparnis zur Verfügung steht. Dies ist jedem, der einen Haushalt

zu führen hat oder über Einkommen verfügt, unmittelbar einsichtig. Dennoch sind einige methodische Besonderheiten zu berücksichtigen. Sie betreffen den Umfang des dargestellten Sektors, die Eigentümerwohnungen, die Zinsen und die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte schließen jene der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck ein. Dies ist nicht ganz nebensächlich, weil diese Organisationen wie etwa die Kirchen, die Parteien oder die Gewerkschaften durchaus bedeutende verfügbare Einkommen haben können, aus denen heraus sie ihren Eigenverbrauch (Personalkosten, Materialeinsatz usw.) leisten und Ersparnis bilden. Der Eigenverbrauch der Non-Profit-Organisationen ist ein dem Staatsverbrauch analoges Artefakt, das Teil des privaten Verbrauchs ist. Die Beiträge der privaten Haushalte an diese Organisationen, also auch die Kirchensteuern, sind für die Umverteilungsrechnung irrelevant, weil sie wegen der sektoralen Zusammenfassung von privaten Haushalten und Organisationen sektorinterne und daher zu konsolidierende Zahlungen sind. Am Fallbeispiel erläutert: Das Gehalt des neu eingestellten Pastors Meier erhöht das verfügbare Einkommen des privaten Haushalts Meier, die Kirche hat ceteris paribus einen um dieses Gehalt höheren Eigenverbrauch. Die Ersparnis des zusammengefaßten Sektors fällt in dem Maße geringer aus, wie Meier sein Einkommen nicht spart, sondern konsumiert. Anders ausgedrückt: Meier verfügt über ein Einkommen, das via Kirchensteuer dem verfügbaren Einkommen anderer privater Haushalte entzogen worden ist.

Wenn von dem Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte die Rede ist, sagt das Bestimmungswort „brutto“, daß dies das Ergebnis der primären Einkommensverteilung ist und Komponenten der Umverteilungsrechnung noch nicht addiert oder subtrahiert worden sind. Gleichwohl ist es auch eine Nettogröße, weil die empfangenen Einkommen mit den geleisteten Einkommen saldiert sind. Zu den geleisteten Einkommen rechnen u. a. die Zinsen auf Konsumentenkredite, zu den empfangenen Einkommen auch unterstellte Zinsen auf versicherungstechnische Rückstellungen von Lebensversicherern.

Die Zinsen, die die privaten Haushalte an Banken und Bausparkassen für Wohnungsbaukredite zahlen, finden keinerlei Berücksichtigung, weil die Vermietung von Wohnungen völlig aus dem Sektor der privaten Haushalte ausgegliedert und funktional dem Unternehmenssektor zugeordnet ist. Damit nicht die Höhe des Sozialprodukts davon abhängt, wieviele Haushalte zur Miete und wieviele in ihrer eigenen Wohnung leben, rechnet fiktiv auch die Eigenvermie-

tung von Wohnraum zu den Marktvorgängen der Wohnungsvermietung. Dies wirkt sich auf die Höhe des verfügbaren Einkommens nur dann nicht aus, wenn der fiktiv angesetzte Mietwert der Summe aus Aufwendungen für Wasser, Abwasser, Müll, Erhaltungsreparaturen, aus Abschreibungen und aus Zinslasten genau gleicht. Übersteigt (unterschreitet) die fiktive Miete diesen Betrag, entnimmt der Haushalt den Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit – zu ihnen rechnet die auf die Eigentümerwohnungen entfallende Wohnungsvermietung – einen Betrag, der dem für diese Wohnung fiktiv erwirtschafteten Gewinn unterschreitet (übersteigt). Den Einfluß der Wohnungsvermietung auf die verfügbaren Einkommen soll das Schema verdeutlichen. Die fiktiven Mieten rechnen wie die tatsächlich gezahlten zum privaten Verbrauch.

Diese Besonderheiten der Wohnungsvermietung sind die Ursache dafür, daß die sog. „nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit“ seit Mitte der 70er Jahre für die Bundesrepublik einen negativen Betrag aufweisen, die Entnahmen also die erwirtschafteten Gewinne übersteigen.² Die Masse der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit bilden zwar die Einzelunternehmen (Landwirte, Gewerbetreibende, Freiberufler usw.) und die Personengesellschaften, aber der intensive Wohnungsbau insbesondere in den 70er Jahren hat dazu geführt, daß die in diesen tatsächlichen Unternehmen belassenen Gewinne von denjenigen Beträgen übertroffen wurden, die die Eigenheimbesitzer bereit waren, über den Marktwert ihrer Wohnung hinaus als Abschreibung³ oder tatsächliche Zahlung aufzuwenden.

Bei den Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit schließen die verteilten Gewinne auch die nichtentnommenen Gewinne ein, d. h. die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte enthalten grundsätzlich, was den Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit als Gewinn belassen worden ist. Gerade wegen der dargestellten Besonderheiten macht es aber ökonomisch Sinn, alternativ auch die verfügbaren Einkommen ohne die nichtentnommenen Gewinne auszuweisen. Es dürfte viele Statistiknutzer allerdings verwirren, daß wegen des negativen Vorzeichens dieses Abzugspostens das verfügbare Einkommen dann höher ausfällt als unter Einschluß der einbehaltenen Gewinne.

² Diese Besonderheiten finden auch Kritik. Siehe hierzu DIW – Wochenberichte Nr. 45/1985, S. 518 ff. und de la Chevallerie, O., Unternehmensgewinne in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Eine ergänzende Analyse, in: DIW Vierteljahresheft 3/4 von 1993, S. 204 ff.

³ Die Abschreibungen sind nicht die steuerlich oder betrieblich angesetzten, sondern speziell für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelte Werte.

Kreisergebnisse basieren auf Steuerstatistiken

Die zeitliche Abfolge der regionalen Gesamtrechnung für die Länder folgt – grob gesagt – bis zum Volkseinkommen der vertikalen Richtung im vorn gebotenen Schema der Drei-Seiten-Rechnung. Die Umverteilungsrechnung stützt sich weitgehend auf Zahlen der Einkommensbesteuerung, der Rentenversicherungsträger, der Sozialhilfe und des Wohngeldes. Die Übersicht (S. 14) zeigt die wichtigsten Umverteilungskomponenten.

Die Kreisberechnung macht sich zunutze, daß die wichtigsten Quellen, insbesondere die Einkommensteuerstatistik, auch Kreisergebnisse liefern. Die Einkommensteuerstatistik muß – weil es für Kreise den Berechnungsstrang bis hin zum Volkseinkommen nicht gibt – allerdings außer einigen Umverteilungskomponenten vor allem die Ausgangsgröße, nämlich die Einkommen, bereitstellen. Dabei wird auf die Umverteilungsergebnisse des Landes „abgestimmt“, d. h. streng genommen liefern die Kreisdaten nur den Verteilalgorithmus, mit dem das Landesergebnis regional heruntergebrochen wird.

Die Qualität der regionalen Zuordnung und der monetären Größen, die die Einkommensteuerstatistik liefert, darf ohne Übertreibung als hervorragend bezeichnet werden. Das Problem liegt aber darin, daß diese Zahlen erst sehr spät und obendrein nur alle drei Jahre vorliegen und natürlich auf steuertechnische Belange und nicht auf die der VGR zugeschnitten sind. Nachteilig ist insbesondere, daß die Einkommen

- nicht vollständig sind (z. B. wegen der Steuerbefreiung bestimmter landwirtschaftlicher Einkommen),
- nicht immer periodengerecht sind (Vor- und Rückträge von Gewinnen und Verlusten) und
- definitorisch differieren (z. B. wegen der weiter oben bereits genannten Besonderheiten).

Eine Besonderheit, die sich sehr störend bemerkbar machen kann, ist, daß Veräußerungen von Betriebsvermögen nach § 16 Einkommensteuergesetz der Einkommensbesteuerung unterliegen, in den VGR aber den Vermögensübertragungen und nicht den Einkommensvorgängen zugerechnet werden.

Trotz der genannten Probleme dürften die Zahlen des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte nach Kreisen eine wichtige Erweiterung des Datenangebots auf regionaler Ebene darstellen. Die nächste Publikation wird für das Jahr 1992 vorgelegt werden, dann sicherlich auch mit geringerem Veröffentlichungslag als für 1989.

Behandlung der fiktiven und tatsächlichen Wohnungsmieten im vereinfachten Beispiel

Die Haushalte A, B und C haben ein Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit von je 6 000 DM, von dem nach staatlicher Umverteilung jeweils 4 500 DM verbleiben und jeweils 2 900 DM für den Lebensunterhalt, soweit er nicht auf Wohnungsausgaben entfällt, aufgewendet werden.

A und B wohnen in ihrem eigenen Haus, dessen Mietwert jeweils auf 1 500 DM veranschlagt wird. Beide Haushalte zahlen 200 DM für Müllabfuhr, Wasser, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung usw. (Vorleistungen für den Wirtschaftsbereich Wohnungsvermietung). B hat sein Haus schuldenfrei, er trägt also 1 400 DM zur Sparkasse. A zahlt 800 DM Zinsen und 400 DM Tilgung an die Bausparkasse, für das Sparbuch bleiben ihm nur 200 DM. C wohnt zur Miete. Er zahlt 1 500 DM, auf sein Sparbuch kommen 100 DM.

Dies schlägt sich im funktional abgegrenzten Wirtschaftsbereich Wohnungsvermietung, soweit die Eigentümerwohnungen von A und B betroffen sind, wie folgt nieder:

	A	B
Produktionswert (fiktiver Mietwert)	1 500	1 500
- Vorleistungen	200	200
= Bruttowertschöpfung	1 300	1 300
- Abschreibungen	700	700
= Nettowertschöpfung	600	600
- Zinsen an Bausparkasse	800	-
= Nichtentnommener Gewinn	- 200	600

Verfügbares Einkommen, privater Verbrauch und Ersparnis gemäß VGR rechnen sich wie folgt:

	A	B	C
Verfügbares Einkommen ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	4 500	4 500	4 500
+ Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	- 200	600	-
= Verfügbares Einkommen einschließlich der nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen o. eigene Rechtspersönlichkeit	4 300	5 100	4 500
davon: privater Verbrauch	4 400	4 400	4 400
davon: fiktive Miete	1 500	1 500	-
tatsächliche Miete	-	-	1 500
sonstige Lebensführung	2 900	2 900	2 900
Ersparnis (netto)	- 100	700	100
Dagegen Ersparnis brutto (einschl. Abschreibungen)	600	1 400	100
davon: Tilgungen	400	-	-
Einzahlungen auf Sparkonten	200	1 400	100

Die Ersparnis versteht sich hier einschließlich der nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, wie sie auch im Kontensystem der nationalen VGR nachgewiesen wird (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen, 1992 Hauptbericht, S. 67).

Die Bruttoersparnis entspricht nur in diesem vereinfachten Beispiel exakt der Geldanlage in einem bestimmten Zeitraum. Realiter weicht die Ersparnis als Aggregat der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von der Ersparnis, wie sie sich in Geldanlagen ausdrückt, ab.

Die nichtentnommenen Gewinne aus Wohnungsvermietung sind, wie hier bei Haushalt A, negativ, wenn nicht nur die Einkommen aus Wohnungsvermietung, sondern auch die Abschreibungsgegenwerte für Zwecke des privaten Verbrauchs oder für Geldanlagen entnommen werden.

Das verfügbare Einkommen des Haushalts B ist, wenn man die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit einschließt, zu Recht höher als das von A und C, weil er aus früherem Kapitaleinsatz heute kalkulatorische Erträge erzielt. Hätte er seine Mittel nicht im Wohnungsbau, sondern in Wertpapieren angelegt und würde wie C zur Miete wohnen, wäre sein heutiges verfügbares Einkommen ebenfalls höher als das von A und C.

Übersicht über die Komponenten der Einkommensumverteilung des Sektors Private Haushalte einschl. der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck

Geleistete laufende Übertragungen	Empfangene laufende Übertragungen
<p>Direkte Steuern</p> <ul style="list-style-type: none"> – Lohnsteuer – veranlagte Einkommensteuer – Vermögen- und Kapitalertragsteuer – Steuern im Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch (z. B. Kfz-Steuer, Hundesteuer) <p>Sozialbeiträge</p> <p>tatsächliche Sozialbeiträge</p> <ul style="list-style-type: none"> – Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung – Pflichtbeiträge und freiwillige Beiträge der Selbständigen, Beiträge an Lebensversicherungen, Pensionskassen u. ä. <p>unterstellte Sozialbeiträge</p> <ul style="list-style-type: none"> – unterstellte Beiträge für die Beamtenversorgung – unterstellte Beiträge für Aufwendungen aufgrund betrieblicher Ruhegeldverpflichtungen, zur Versorgung von Kirchenbeamten u. ä. <p>Sonstige geleistete laufende Übertragungen</p> <p>an den Staat</p> <ul style="list-style-type: none"> – Rückerstattungen im Rahmen der Sozialhilfe und ähnliche Erstattungen, Verwaltungsgebühren u. ä. <p>an Unternehmen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Nettoprämien für Schadenversicherungen <p>an die übrige Welt</p> <ul style="list-style-type: none"> – Heimatüberweisungen ausländischer Arbeitnehmer, Unterstützungszahlungen, Visa-gebühren u. ä. 	<p>Soziale Leistungen</p> <p>im Zusammenhang mit tatsächlichen Sozialbeiträgen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Barleistungen der Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung – Leistungen von Lebensversicherungen, Pensionskassen u. ä. <p>im Zusammenhang mit unterstellten Sozialbeiträgen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Pensionen an ehemalige Beamte und deren Hinterbliebene – Betriebspensionen und Leistungen aufgrund betrieblicher Ruhegeldverpflichtungen, Pensionen an ehemalige Kirchenbeamte u. ä. <p>sonstige soziale Leistungen vom Staat</p> <ul style="list-style-type: none"> – Kriegsopferversorgung, Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe, Kindergeld, Wohngeld, Ausbildungsbeihilfen, Erziehungsgeld u. ä. <p>Sonstige empfangene laufende Übertragungen</p> <p>vom Staat</p> <ul style="list-style-type: none"> – Zuschüsse an private Organisationen ohne Erwerbszweck <p>von Unternehmen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Schadenversicherungsleistungen von Versicherungsunternehmen <p>von der übrigen Welt</p> <ul style="list-style-type: none"> – Unterstützungszahlungen u. ä.

Nur die Anrainerkreise zu Hamburg über dem Durchschnitt von Bund und Land

Die Ergebnisse zeigen einen sehr deutlichen regionalen Befund: Sowohl bei den Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen als auch bei den verfügbaren Einkommen gibt es ein großes Süd-Nord-Gefälle im Lande. Die an Hamburg grenzenden Kreise Stormarn, Pinneberg, Segeberg und Herzogtum Lauenburg liegen – wenn man die Ergebnisse je Einwohner standardisiert – deutlich über dem Landes- und sogar über dem Bundesdurchschnitt. Alle anderen Kreise und kreisfreien Städte liegen darunter.

Der Abstand vom Landesmittel ist bei den Bruttoeinkommen höher als beim verfügbaren Einkommen. Während der einkommenstärkste Kreis Stormarn bei

den Bruttoeinkommen ein Drittel über dem Landesmittel je Einwohner liegt, ist es nach Umverteilung, also beim verfügbaren Einkommen, nur noch ein Viertel.

Die einkommenschwächste Region, die kreisfreie Stadt Neumünster, liegt bei den Bruttoeinkommen je Einwohner 15 %, aber bei den verfügbaren Einkommen nur 11 % unter dem Landesmittel. Bei den verfügbaren Einkommen je Einwohner liegt der Kreis Schleswig-Flensburg mit einem Abstand zum Landesmittel von 12 % noch unter dem Wert von Neumünster.

Alle vier kreisfreien Städte des Landes liegen mit ihrem Bruttoeinkommen um mehr als ein Zehntel unter Landesschnitt. Immerhin sorgt aber die Umverteilung

Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen der privaten Haushalte einschl. der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck 1989
– Berechnungsstand: Herbst 1992 –

KREISFREIE STADT Kreis	Mill. DM	Anteil am Land in %	Je Einwohner		
			DM	Schleswig- Holstein ≥ 100	früheres Bundesgebiet ≥ 100
				Meßziffer	
FLENSBURG	2 061	3,0	23 945	89,6	89,3
KIEL	5 780	8,4	23 929	89,6	89,2
LÜBECK	4 899	7,1	23 188	86,8	86,4
NEUMÜNSTER	1 802	2,6	22 617	84,7	84,3
KREISFREIE STÄDTE	14 541	21,2	23 509	88,0	87,6
Dithmarschen	2 794	4,1	21 972	82,3	81,9
Herzogtum Lauenburg	4 678	6,8	30 151	112,9	112,4
Nordfriesland	3 432	5,0	22 861	85,6	85,2
Ostholstein	4 469	6,5	24 168	90,5	90,1
Pinneberg	8 590	12,5	32 593	122,0	121,5
Plön	2 989	4,3	25 612	95,9	95,5
Rendsburg-Eckernförde	6 355	9,2	26 114	97,8	97,3
Schleswig-Flensburg	4 175	6,1	23 553	88,2	87,8
Segeberg	6 588	9,6	30 554	114,4	113,9
Steinburg	3 146	4,6	24 942	93,4	93,0
Stormarn	6 992	10,2	35 832	134,1	133,6
Kreise	54 209	78,8	27 726	103,8	103,4
Schleswig-Holstein	68 750	100	26 713	100	99,6

**Verfügbares Einkommen¹ der privaten Haushalte
einschl. der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck 1989**
– Berechnungsstand: Herbst 1992 –

KREISFREIE STADT Kreis	Mill. DM	Anteil am Land in %	Je Einwohner		
			DM	Schleswig- Holstein ≙ 100	früheres Bundesgebiet ≙ 100
				Meßziffer	
FLENSBURG	1 889	3,2	21 950	96,4	97,7
KIEL	5 263	9,0	21 790	95,7	97,0
LÜBECK	4 621	7,9	21 874	96,1	97,4
NEUMÜNSTER	1 618	2,8	20 303	89,2	90,4
KREISFREIE STÄDTE	13 391	22,9	21 649	95,1	96,4
Dithmarschen	2 503	4,3	19 687	86,5	87,6
Herzogtum Lauenburg	3 893	6,6	25 093	110,2	111,7
Nordfriesland	3 055	5,2	20 350	89,4	90,6
Ostholstein	3 970	6,8	21 470	94,3	95,6
Pinneberg	6 908	11,8	26 211	115,2	116,7
Plön	2 494	4,3	21 372	93,9	95,1
Rendsburg-Eckernförde	5 367	9,2	22 054	96,9	98,2
Schleswig-Flensburg	3 531	6,0	19 916	87,5	88,6
Segeberg	5 217	8,9	24 195	106,3	107,7
Steinburg	2 697	4,6	21 386	94,0	95,2
Stormarn	5 554	9,5	28 462	125,0	126,7
Kreise	45 190	77,1	23 114	101,5	102,9
Schleswig-Holstein	58 581	100	22 762	100	101,3

¹ ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

dafür, daß wenigstens die Einwohner von Flensburg, Lübeck und Kiel auf jeweils etwa 4 % Abstand zum Landesmittel herankommen. Kiel liegt damit etwa auf dem Niveau seiner Nachbarkreise Plön und Rendsburg-Eckernförde, Lübeck übertrifft immerhin den Wert des benachbarten Ostholstein, und Flensburg weist je Einwohner ein deutlich höheres verfügbares Einkommen auf als seine Anrainer Schleswig-Flensburg und Nordfriesland.

Schleswig-Holstein erreicht dank der vier an Hamburg grenzenden Kreise, die zusammen 39 % des Landeswertes aufbringen, ein Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen der privaten Haushalte je Einwohner, das nahezu (99,6 %) dem Bundesdurchschnitt entspricht. Die Umverteilung bewirkt, daß beim verfügbaren Einkommen je Einwohner Schleswig-Holsteins Wert den des alten Bundesgebiets sogar um 1,3 % übertrifft.

Bernd Struck

Weniger, aber größere Betriebe in der Landwirtschaft

Im Mai 1994 gab es in Schleswig-Holstein 25 165 landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von 1 ha und mehr sowie 2 177 Forstbetriebe mit einer Waldfläche (WF) von 1 ha und mehr. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Zahl der Forstbetriebe um 90; dagegen nahm die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Jahresfrist um 550 oder 2,2 % ab.

8 430 der landwirtschaftlichen Betriebe – also ein Drittel – hatten eine LF von weniger als 10 ha. Ihre Zahl veränderte sich gegenüber 1993 nur unwesentlich. Bei diesen Betrieben handelt es sich vor allem um spezialisierte Gartenbau- und Veredlungsbetriebe, Nebenerwerbsbetriebe, Resthöfe oder Hobbybetriebe. Im Größenbereich von 10 ha bis 75 ha LF verringerte sich in Jahresfrist die Zahl der Betriebe um 6 % auf 12 432. Dagegen nahm die Zahl der Betriebe ab 75 ha LF um 3,6 % auf 4 300 zu. Ein regionaler Vergleich zeigt, daß die Zahl der Betriebe in einzel-

nen Naturräumen – besonders ausgeprägt in der Nordfriesischen Marsch und dem Südöstlichen Hügelland – auch im Größenbereich von 75 ha bis 100 ha LF rückläufig war.

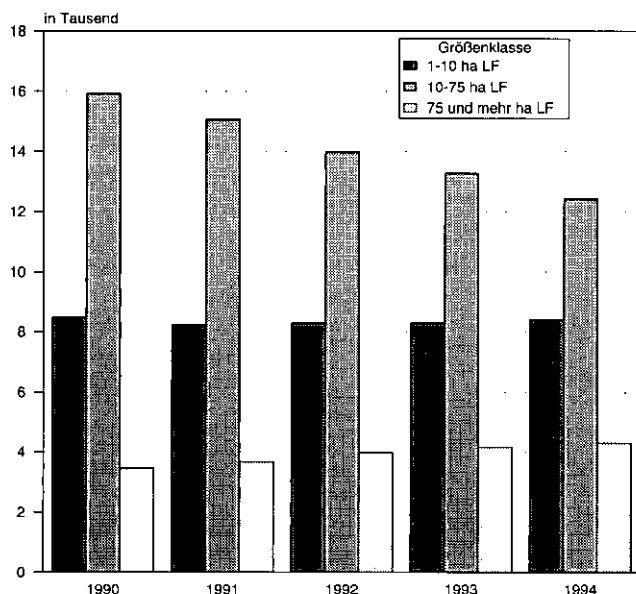
Die landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschafteten insgesamt 1,056 Mill. ha LF, also gut zwei Drittel der Gebietsfläche Schleswig-Holsteins. Nahezu die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes wurde von Betrieben mit 75 und mehr ha LF bewirtschaftet.

Neben den Forstbetrieben bewirtschafteten auch 4 550 landwirtschaftliche Betriebe eine Waldfläche (WF) von 1 ha Wald und mehr. Zusammen entfielen auf diese Betriebe 144 000 ha Wald, darunter 71 % auf die Forstbetriebe.

Dr. Hans-Siegfried Grunwaldt

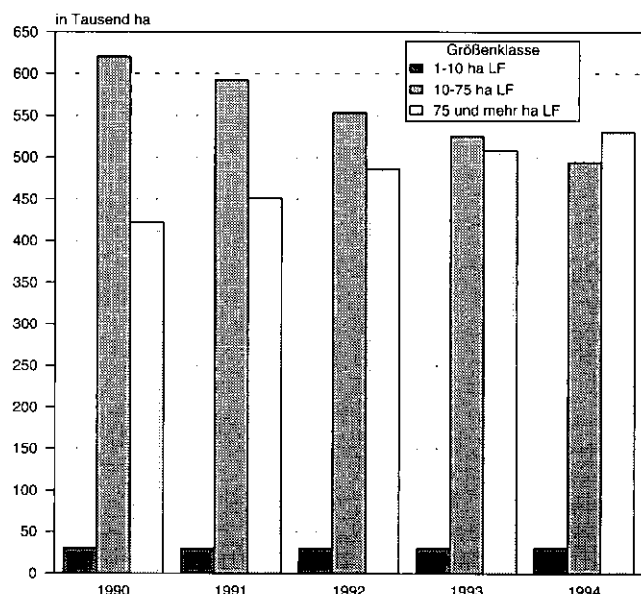
Landwirtschaftliche Betriebe und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche in Schleswig-Holstein nach der Größenklasse der Betriebe

Anzahl der Betriebe



319410 Stat.LA S-H

Landwirtschaftlich genutzte Fläche



319411 Stat.LA S-H

Weniger Gartenbaubetriebe

Im Februar 1994 wurde nach 12 Jahren wieder eine allgemeine Gartenbauerhebung durchgeführt, aus der nunmehr erste Ergebnisse vorliegen. Die Zahl der Betriebe mit Anbau von Gartenbaukulturen (Obst, Gemüse, Baumschul- und Zierpflanzen) verringerte sich gegenüber 1982 um 23 % auf nunmehr 1 880 Betriebe. Sie bewirtschafteten eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von rund 56 000 ha (4 % weniger als 1982), von diesen wurden 12 000 ha (16 % mehr als 1982) mit Gartenbaukulturen genutzt.

Die Zahl der reinen Gartenbaubetriebe – wie Gärtnereien und Baumschulen – ging um 21 % auf 1 220 Betriebe zurück. Mit 510 Betrieben konzentrieren sie sich besonders auf den Kreis Pinneberg, in dem das größte geschlossene Baumschulgebiet Europas liegt.

Von den 660 sonstigen Betrieben mit Gartenbau entfallen alleine 330 auf den Kreis Dithmarschen mit seinem intensiven Kohlanbau.

4 600 ha der gärtnerischen Nutzfläche waren Baumschulflächen. Auf 290 ha standen Zierpflanzen, davon etwa ein Drittel in Unterglasanlagen. Auf Obstanlagen entfielen 1 690 ha, und 5 700 ha wurden mit Gemüse bestellt.

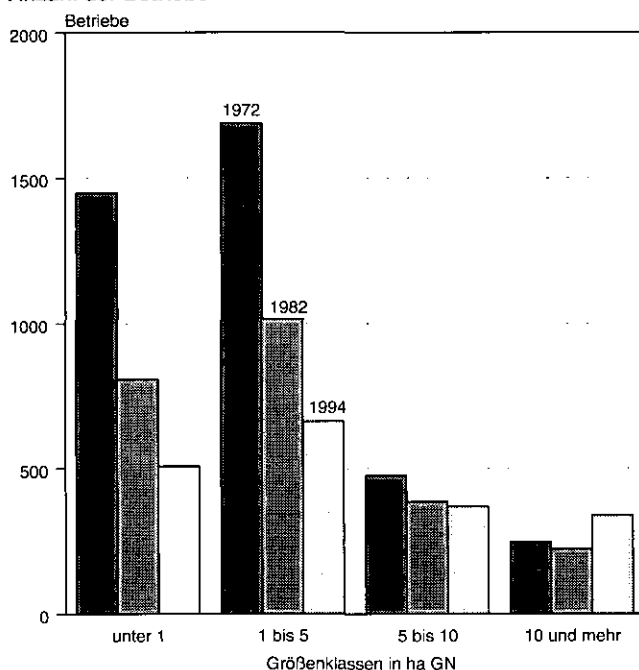
Auch im Gartenbau setzte sich die Strukturentwicklung zu weniger, aber größeren Betrieben in den zurückliegenden 12 Jahren intensiv fort.

Die Zahl der Betriebe mit einer gärtnerischen Nutzfläche (GN) unter 5 ha verringerte sich um gut ein Drittel auf 1 170 Betriebe. Im Größenbereich von 5 - 10 ha GN nahm die Zahl leicht um 4 % auf 370 Betriebe ab. Demgegenüber erhöhte sich die Zahl der Betriebe mit 10 ha GN und mehr um mehr als die Hälfte auf 339 Betriebe. Diese bewirtschafteten mit 7 900 ha knapp 65 % der gärtnerischen Nutzfläche des Landes.

Dr. Hans-Siegfried Grunwaldt

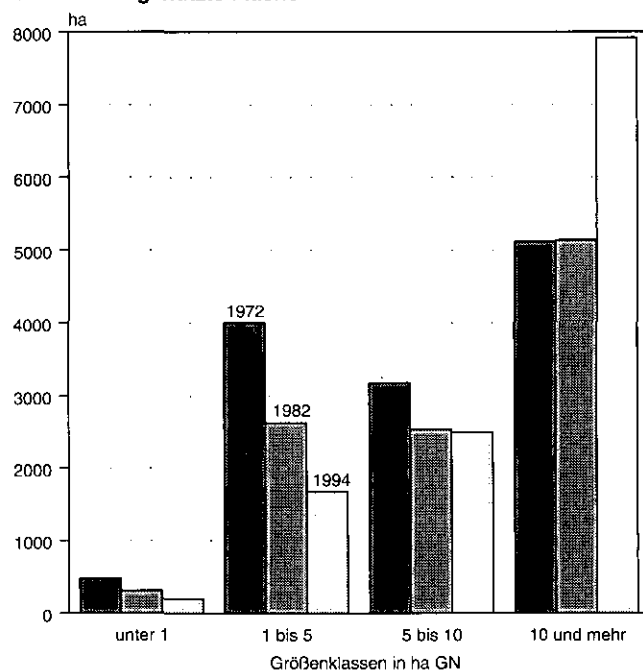
Betriebe mit Gartenbau und deren gärtnerisch genutzte Fläche in Schleswig-Holstein nach Größenklasse der Betriebe

Anzahl der Betriebe



319413 Stat.LA S-H

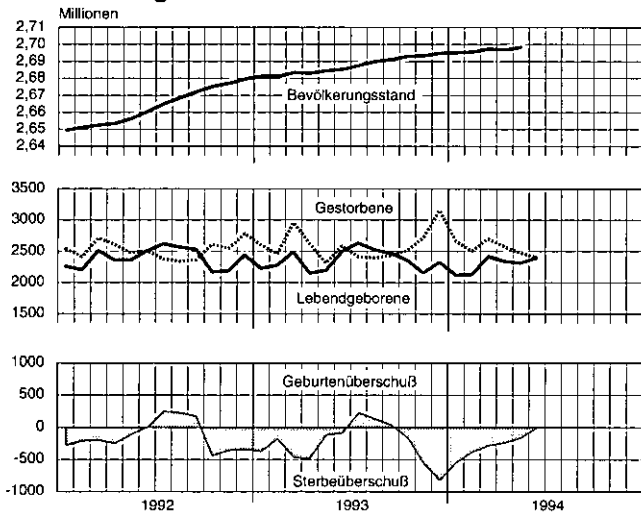
Gärtnerisch genutzte Fläche



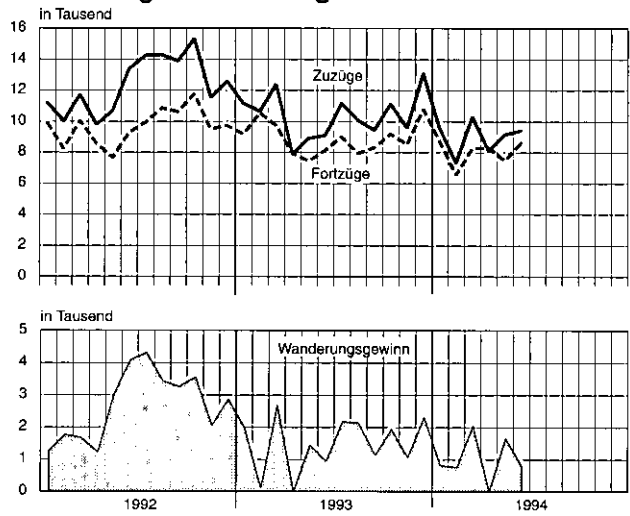
319414 Stat.LA S-H

109501 Stat.LA S-H

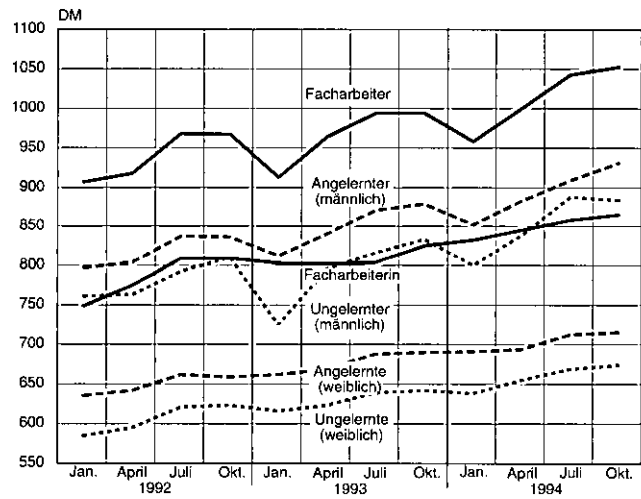
Bevölkerungsstand



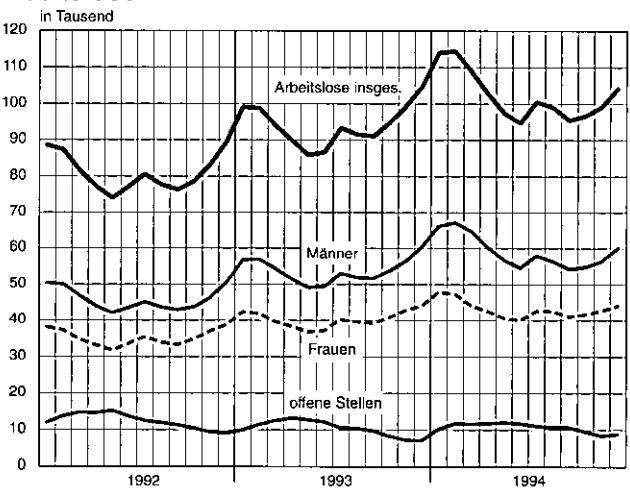
Bevölkerungsveränderung



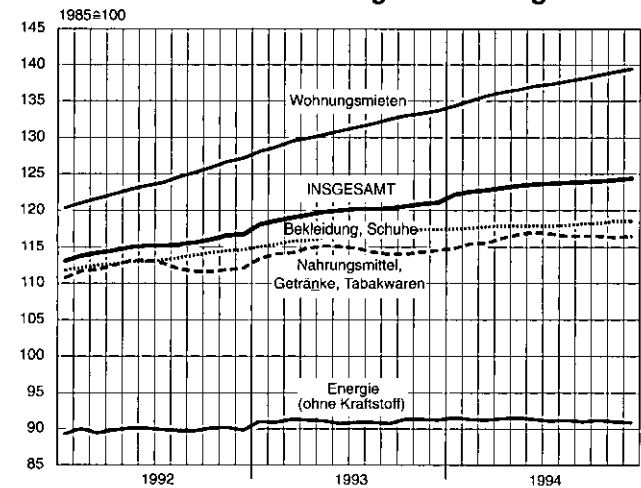
Bruttowochenverdienste



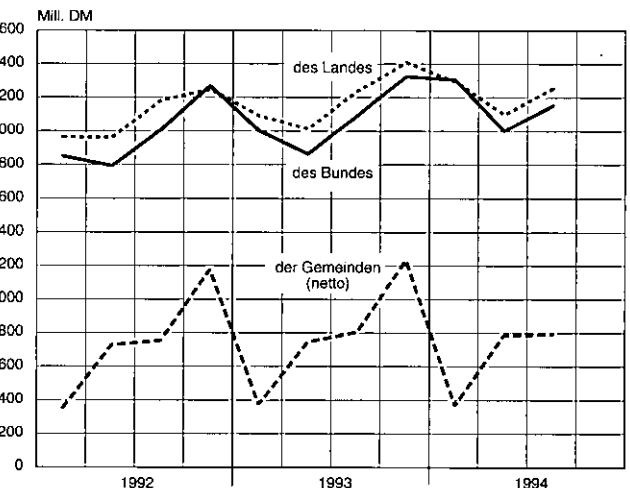
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

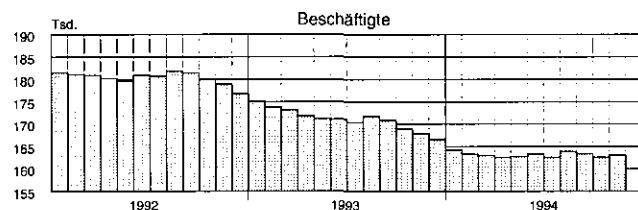
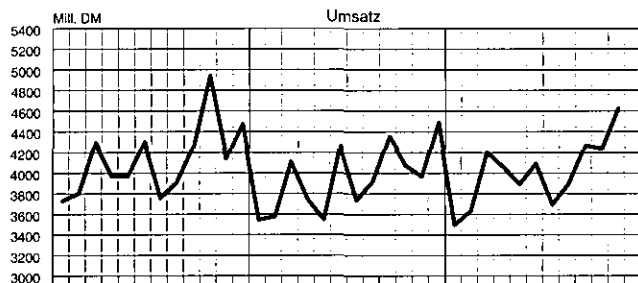


Steuereinnahmen



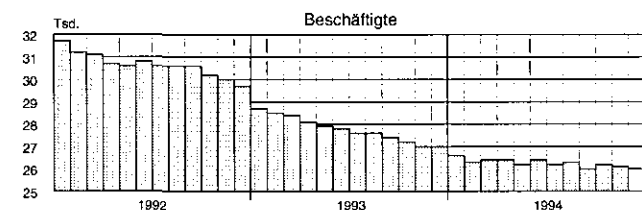
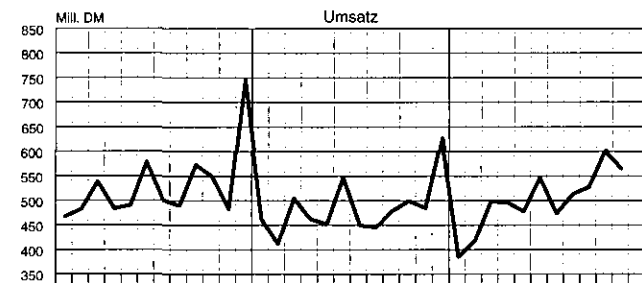
Verarbeitendes Gewerbe

Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

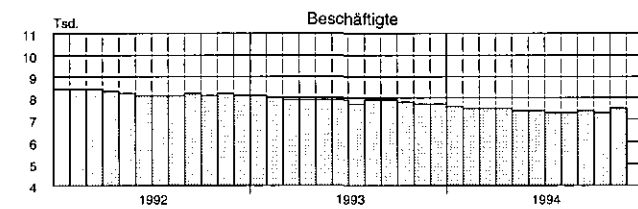
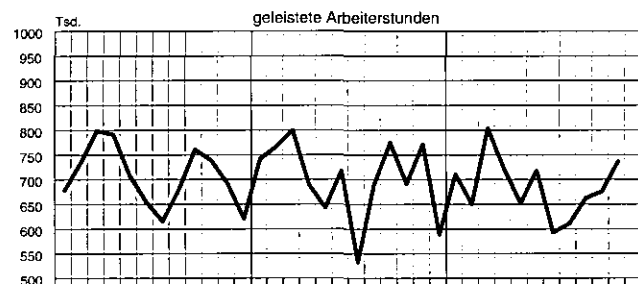


darunter Maschinenbau

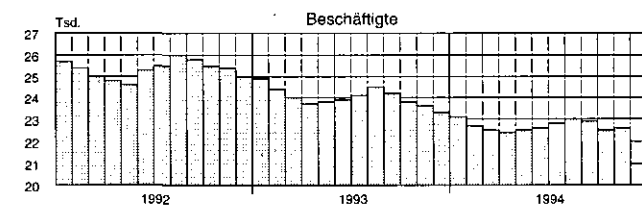
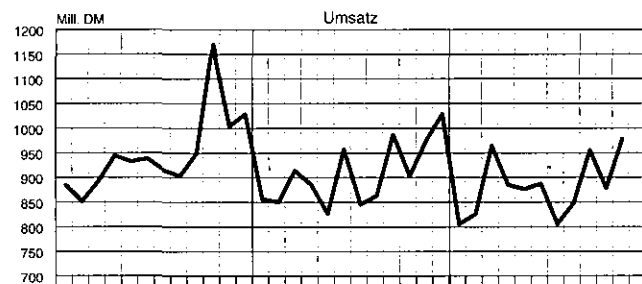
109502 Stat.LA S-H



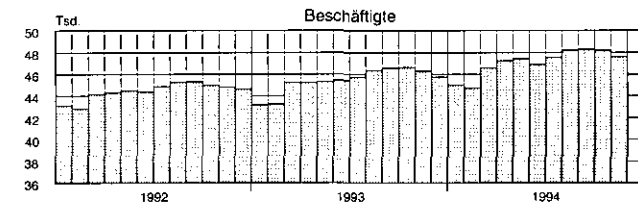
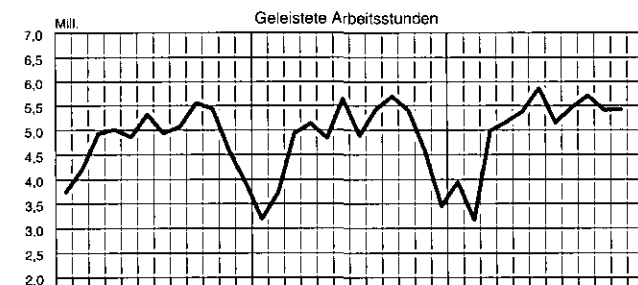
darunter Schiffbau



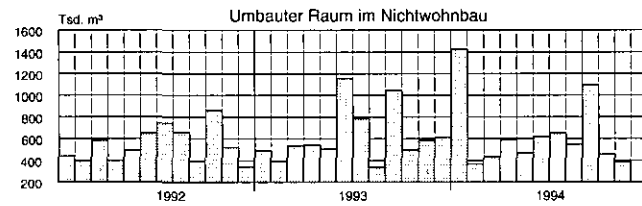
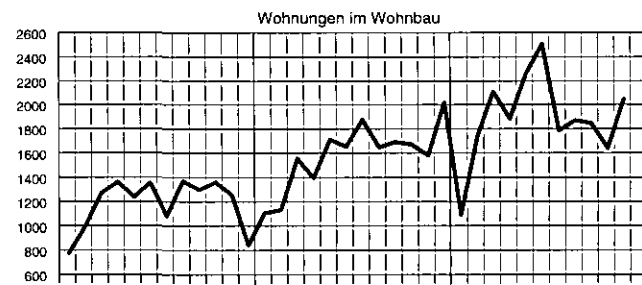
darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

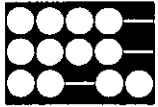


Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen





<i>Daten zur Konjunktur.....</i>	<i>2</i>
<i>Jahreszahlen.....</i>	<i>4</i>
<i>Zahlenspiegel.....</i>	<i>6</i>
<i>Kreiszahlen.....</i>	<i>11</i>
<i>Zahlen für Bundesländer.....</i>	<i>12</i>

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Daten zur Konjunktur
Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe¹		November 1994		Januar bis November 1994	
Beschäftigte	1 000	163	- 2,9	163	- 4,9
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	15	- 1,5	14	- 4,6
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	997	- 2,4	771	- 1,0
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 627	+ 16,7	4 008	+ 2,9
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 426	+ 8,2	3 083	+ 0,4
Auslandsumsatz	Mill. DM	1 201	+ 50,6	925	+ 12,2
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 513	+ 19,3	2 478	+ 10,1
aus dem Inland	Mill. DM	1 637	+ 6,2	1 630	+ 3,9
aus dem Ausland	Mill. DM	876	+ 55,5	847	+ 24,1
Energieverbrauch (vierteljährlich)	1 000 t SKE
Bauhauptgewerbe²		November 1994		Januar bis November 1994	
Beschäftigte	1 000	48	+ 2,8	47	+ 3,7
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	5	+ 18,6	5	+ 4,1
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	304	+ 12,9	185	+ 7,7
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	799	+ 12,7	623	+ 13,4
Auftragseingang ³	Mill. DM	288	- 18,1	368	+ 7,1
Baugenehmigungen⁴		November 1994		Januar bis November 1994	
Wohnbau	Wohnungen	2 047	+ 29,6	1 888	+ 22,0
Nichtwohnbau	1 000 m ² umbauter Raum	387	- 33,6	640	+ 2,4
Einzelhandel		Oktober 1994		Januar bis Oktober 1994	
Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	135,9	- 3,0	136,0	- 1,4
Gastgewerbe		Oktober 1994		Januar bis Oktober 1994	
Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	121,7	- 1,5	128,3	- 2,6
Fremdenverkehr⁵		November 1994		Januar bis November 1994	
Ankünfte	1 000	344	- 1,2	352	- 1,9
Übernachtungen	1 000	1 673	- 0,7	1 996	- 3,2
Arbeitsmarkt		November 1994		Januar bis November 1994	
Arbeitslose	Anzahl	99 136	- 0,2	102 341	+ 10,4
Offene Stellen	Anzahl	8 415	+ 15,8	10 825	- 0,4
Kurzarbeiter	Anzahl	1 930	- 83,1	6 751	- 56,1
Insolvenzen		November 1994		Januar bis November 1994	
Anzahl		44	- 10,2	61	+ 14,7

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1 1

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl

Daten zur Konjunktur
Land und Bund im Vergleich

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %												
		Januar bis Dez. 1993	Dez. 1993	Januar 1994	Februar 1994	März 1994	April 1994	Mai 1994	Juni 1994	Juli 1994	August 1994	Sept. 1994	Oktober 1994	Nov. 1994
Verarbeitendes Gewerbe¹														
Beschäftigte	Land	- 5,1	- 5,8	- 6,3	- 6,1	- 5,9	- 5,4	- 4,9	- 4,6	- 4,5	- 4,6	- 4,4	- 3,8	- 2,9
	Bund	- 7,2	- 7,6	- 7,8	- 7,9	- 7,6	- 7,3	- 7,0	- 6,7	- 6,3	- 5,8	- 5,6	- 5,2	...
Geleistete Arbeiterstunden	Land	- 8,1	- 6,4	- 5,7	- 7,5	- 6,9	- 7,4	- 2,3	- 3,8	- 2,4	- 4,2	- 4,4	- 3,4	- 1,5
	Bund	- 11,4	- 7,4	- 6,6	- 7,5	- 7,9	- 8,3	- 3,3	- 4,2	- 5,8	- 4,0	- 4,0	- 5,8	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	- 1,6	- 3,0	- 3,2	- 1,0	- 0,3	- 2,6	- 1,7	+ 0,2	- 2,2	- 0,3	+ 0,9	+ 1,7	- 2,4
	Bund	- 4,4	- 3,1	- 2,8	- 3,4	- 2,0	- 5,0	- 2,6	+ 3,1	- 6,2	- 2,4	- 2,7	- 2,6	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	- 3,9	+ 0,3	- 1,4	+ 1,6	+ 2,3	+ 8,4	+ 9,7	- 3,8	- 1,2	- 0,6	- 2,1	+ 3,8	+ 16,7
	Bund	- 6,8	- 1,4	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,6	- 1,8	+ 6,0	+ 3,5	+ 1,7	+ 3,6	+ 4,3	+ 2,7	...
Inlandsumsatz	Land	- 3,6	+ 3,3	- 4,4	- 4,1	+ 3,3	- 4,1	+ 7,6	- 5,2	- 1,3	+ 0,7	- 1,2	+ 5,4	+ 8,2
	Bund	- 6,9	- 2,7	- 2,1	- 2,5	- 1,3	- 4,3	+ 4,2	+ 0,6	- 0,3	+ 2,0	+ 2,5	+ 0,5	...
Auslandsumsatz	Land	- 5,0	- 10,9	+ 12,0	+ 20,2	- 1,2	+ 61,2	+ 18,3	+ 1,3	- 0,6	- 5,2	- 5,2	- 1,3	+ 50,6
	Bund	- 6,5	+ 4,8	+ 9,3	+ 4,6	+ 5,6	+ 4,6	+ 10,2	+ 11,4	+ 7,3	+ 8,2	+ 9,1	+ 8,7	...
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	+ 0,4	+ 38,7	- 4,6	- 5,5	+ 21,7	+ 13,5	+ 9,3	- 1,9	+ 29,0	- 5,6	+ 37,4	+ 3,2	+ 19,3
	Bund	- 7,6	+ 4,0	+ 0,7	+ 3,4	+ 8,9	+ 4,7	+ 7,8	+ 8,9	+ 4,0	+ 9,3	+ 10,1	+ 6,6	...
aus dem Inland	Land	- 4,8	+ 4,5	- 4,7	- 11,1	+ 15,6	+ 6,4	+ 2,0	+ 7,6	+ 5,3	+ 6,6	+ 2,0	+ 5,9	+ 6,1
	Bund	- 9,9	- 2,9	- 4,0	+ 0,1	+ 3,6	+ 1,4	+ 5,0	+ 5,1	+ 0,9	+ 7,6	+ 4,3	+ 4,0	...
aus dem Ausland	Land	+ 13,8	+ 132,9	- 4,6	- 9,2	+ 38,3	+ 33,4	+ 30,0	- 16,2	+ 97,5	- 24,5	+ 143,0	- 1,6	+ 55,5
	Bund	- 2,8	+ 18,2	+ 10,3	+ 9,6	+ 19,1	+ 10,8	+ 13,2	+ 16,1	+ 10,0	+ 12,7	+ 21,8	+ 11,6	...
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	+ 2,9	-	-	+ 4,8	-	-	+ 6,1	-	-	- 12,3	-	-	-
	Bund	- 4,4	-	-	- 0,4	-	-	+ 2,8	-	+ 1,3	-	-	-	-
Bauhauptgewerbe²														
Beschäftigte	Land	+ 2,2	+ 2,5	+ 4,2	+ 3,3	+ 3,0	+ 4,5	+ 4,7	+ 3,3	+ 4,0	+ 3,9	+ 3,7	+ 3,3	+ 2,8
	Bund	+ 0,4	- 0,2	- 0,6	± 0,0	- 2,2	- 2,3	- 2,2	- 2,4	- 2,4	- 2,0	p- 2,0	p+ 0,9	...
Geleistete Arbeitsstunden	Land	- 1,2	- 12,5	+ 23,8	- 15,0	+ 1,0	+ 0,7	+ 11,4	+ 3,8	+ 5,3	+ 0,6	- 0,3	+ 0,1	+ 18,6
	Bund	- 3,4	- 11,0	+ 10,3	- 1,9	+ 5,0	- 5,5	+ 2,9	- 0,1	- 3,9	+ 1,0	p- 1,9	p- 2,9	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 5,3	- 5,4	+ 18,0	- 2,3	+ 9,0	+ 4,3	+ 11,2	+ 6,3	+ 2,2	+ 9,3	+ 2,2	+ 6,7	+ 12,9
	Bund	+ 2,9	- 3,0	+ 9,0	+ 2,8	+ 5,9	- 2,6	+ 3,6	+ 0,8	- 2,6	+ 3,6	p+ 0,4	p+ 3,0	...
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 2,5	- 13,1	+ 33,0	- 2,1	+ 7,2	+ 3,7	+ 26,2	+ 10,9	+ 11,9	+ 17,3	+ 14,8	+ 15,0	+ 12,7
	Bund	- 1,8	- 14,1	+ 1,5	+ 10,9	+ 6,2	+ 0,4	+ 6,5	+ 5,3	+ 2,5	+ 5,9
Auftragseingang ³	Land	+ 6,0	- 2,2	+ 28,4	- 1,4	+ 12,3	- 2,2	+ 2,9	± 0,0	+ 18,5	+ 20,1	+ 4,4	+ 21,0	- 18,1
	Bund	+ 1,8	- 4,6	+ 14,2	+ 6,5	+ 6,2	+ 4,5	+ 10,2	+ 5,6	- 1,9	+ 3,9	p+ 1,6	p- 4,1	...
Baugenehmigungen⁴														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	+ 34,0	+ 139,5	- 1,5	+ 53,2	+ 35,7	+ 34,5	+ 32,3	+ 51,6	- 4,9	+ 13,2	+ 9,1	- 1,9	+ 29,6
	Bund	p+ 15,1	p+ 18,5	+ 25,5	+ 27,6	+ 12,3	+ 30,9	+ 7,4	+ 7,9	+ 9,8	+ 17,7
Nichtwohnbau (umbauter Raum)	Land	+ 15,3	+ 78,2	+ 189,6	- 5,6	- 19,4	+ 8,7	- 7,7	- 46,6	- 17,3	+ 61,7	+ 5,0	- 8,3	- 33,6
	Bund	p- 10,3	p+ 26,3	+ 8,5	- 9,0	- 17,7	- 4,3	+ 0,6	- 1,5	+ 7,3	+ 4,5
Einzelhandel														
Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Land	- 0,7	- 2,7	+ 4,2	- 3,4	+ 3,1	- 9,6	+ 2,7	- 0,4	- 4,8	- 0,1	- 1,0	- 3,0	...
	Bund	- 2,4	- 5,2	+ 1,9	+ 1,7	+ 3,7	- 9,3	+ 3,6	+ 1,0	- 5,3	+ 1,9	+ 0,7	- 1,7	...
Gastgewerbe														
Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Land	- 0,4	- 3,2	+ 2,9	- 1,3	+ 0,1	- 6,6	- 2,6	- 7,0	- 2,4	- 1,5	- 2,4	- 1,5	...
	Bund	+ 0,8	- 0,7	+ 0,3	- 0,7	- 0,6	- 0,9	- 3,6	- 1,4	- 1,2	- 1,5	- 0,9
Fremdenverkehr⁵														
Ankünfte	Land	- 4,2	- 8,3	- 0,6	- 4,4	+ 6,0	- 10,0	p- 0,6	p- 3,9	p- 0,4	p- 1,9	p- 0,3	p- 1,2	...
	Bund	- 3,7	- 3,3	- 0,5	+ 0,6	- 1,0	+ 0,3	- 2,8	- 2,1	- 2,7	- 1,7
Übernachtungen	Land	- 0,6	- 6,8	+ 1,5	- 0,8	+ 15,7	- 12,7	p± 0,0	p- 9,7	p- 2,3	p- 1,3	p- 6,9	p- 0,7	...
	Bund	- 2,8	- 5,7	- 1,4	+ 0,2	+ 1,2	- 4,9	- 2,9	- 4,5	- 3,6	- 3,7
Arbeitsmarkt														
Arbeitslose	Land	+ 15,7	+ 17,2	+ 15,0	+ 15,7	+ 15,9	+ 14,5	+ 13,4	+ 9,2	+ 7,7	+ 8,2	+ 4,8	+ 2,0	- 0,2
	Bund	+ 25,6	+ 24,1	+ 21,2	+ 19,8	+ 18,7	+ 17,9	+ 16,7	+ 14,4	+ 10,5	+ 9,3	+ 7,2	+ 3,7	+ 1,7
Offene Stellen	Land	- 15,3	- 21,1	+ 2,9	+ 2,4	- 6,7	- 11,4	- 5,8	- 4,1	+ 4,1	+ 2,3	+ 10,1	+ 15,1	+ 15,8
	Bund	- 24,8	- 22,7	- 14,5	- 7,9	- 7,1	- 8,5	- 10,2	- 9,7	- 6,1	- 1,8	+ 5,6	+ 14,5	+ 14,0
Kurzarbeiter	Land	+ 46,7	- 26,5	- 20,5	- 34,0	- 29,7	- 58,2	- 67,1	- 70,2	- 62,1	- 76,7	- 78,0	- 85,0	- 83,1
	Bund	+ 171,0	- 14,4	- 39,6	- 50,2	- 56,0	- 64,7	- 65,3	- 70,2	- 70,8	- 69,6	- 74,9	- 76,9	- 76,4
Insolvenzen														
Anzahl	Land	+ 18,5	+ 67,5	+ 52,5	+ 16,1	+ 38,3	- 31,0	+ 16,0	- 47,8	+ 51,9	+ 25,5	+ 100,0	+ 13,7	- 10,2
	Bund	+ 24,2	+ 33,7	+ 18,9	+ 29,7	+ 27,3	+ 18,9	+ 32,9	+ 18,6	+ 30,9	+ 19,4	+ 21,8

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1 1
² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse
³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten
⁴ nur Errichtung neuer Gebäude
⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze
p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß (+) der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
1989	2 574	6,7	10,6	11,9	- 3	33	1 166	52	349	242	523
1990	2 614	7,1	11,1	12,0	- 2	34	1 234	62	352	265	555
1991	2 636	6,9	11,0	11,8	- 2	25	1 236	57	361	258	559
1992	2 662	7,1	10,8	11,4	- 2	33	1 247	59	360	262	568
1993	1 246	52	362	266	566

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt ²				
	Schülerinnen/Schüler im September in					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1991		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mittleren Abschluß	Fachhoch- schulreife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund ³ ≅ 100
1989	133	12	48	62	2	10	33	31	26	77 406	+ 3,1	84 049	- 0,6	94
1990	135	12	48	62	3	10	33	31	27	83 556	+ 7,9	87 049	+ 3,6	92
1991	134	11	48	62	4	10	35	31	25	90 979	+ 8,9	90 979	+ 4,5	92
1992	135	11	48	62	6	10	36	31	24	96 258	+ 5,8	92 512	+ 1,7	92
1993	139	11	49	62	7	98 654	+ 2,5	91 787	- 0,8	92

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 03.12.				Schlachtungen ⁶		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
insgesamt	darunter Milchkühe ⁴										
1989	1 49 ^a	48 ^a	1 45 ^a	.	491	2 273	2 411	5 014	2 342	141	753
1990	1 52	47	1 44	3 343	592	2 402	2 324	4 881	2 186	139	972
1991	1 47 ^a	45 ^a	1 38 ^a	.	735	2 161	2 326	5 005	2 257	148	768
1992	1 43	44	1 39	3 129	548	1 853	2 297	5 116	2 093	154	768
1993	1 42 ^a	43 ^a	1 37 ^a	.	p 431	p 1 904	2 312	5 306	1 892	184	779

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter				Bruttosumme	insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas	Strom ⁸
1989	169	114	186	4 325	3 245	40 969	9 833	175	1 061	676	365	40
1990	177	119	194	4 771	3 549	45 569	10 182	167	1 204	663	389	42
1991	182	122	198	5 147	3 919	r 49 073	r 10 095	174	1 250	560	399	44
1992	180	119	192	5 309	4 247	49 228	10 430	183	1 251	596	409	44
1993	171	111	176	5 072	4 327	47 315	9 911	189	1 293	620	407	45

¹ Ergebnisse der 1%-Mikrozensusbefragungen

² ab 1990 vorläufiges Ergebnis

³ Gebietsstand vor dem 03.10.1990

⁴ ohne Ammen- und Mutterkühe

⁵ ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

⁶ gewerbliche und Hausschlachtungen, in- und ausländischer Herkunft

⁷ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

⁸ ohne Eigenerzeugung

⁹ 1 Tonne SKE (Steinkohle-Einheit) ≅ 29 308 MJ

^a repräsentative Viehzählung

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ³			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹	fertiggestellte Wohnungen ¹		Bestand an Wohnungen	insgesamt	in EU-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	im sozialen Wohnungsbau ²						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslands-gästen
	1 000	1 000	in %	1 000	Mill. DM				1 000			
1989	8	8	15	1 140	12 555	6 169 ⁷	1 898	10 337	3 448	440	17 650	852
1990	12	8	13	1 148	11 965	6 110	1 828	10 221	3 801	479	19 390	877
1991	12	9	11	1 158	12 656	6 882	1 715	10 688	4 037	550	20 730	1 064
1992	15	12	18	1 171	13 156	6 175	1 751	11 070	4 129	492	22 116	981
1993	19	14	...	1 186	3 956	343	21 989	735

Jahr	Kfz-Bestand ⁴ am 01.07.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen ⁶ am 31.12.	Sozialhilfe			Kriegsopfer-fürsorge
	insgesamt	Krafträder	Pkw ⁵	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	1 000							Mill. DM				
1989	1 419	51	1 218	55	16 786	344	21 619	20 080	1 420,4	566,9	118,3	82,8
1990	1 467	52	1 262	57	17 326	364	22 574	19 526	1 591,1	662,6	166,6	90,1
1991	1 490	54	1 279	60	16 649	351	21 631	19 669	1 654,5	626,4	123,5	97,7
1992	1 528	58	1 307	64	16 429	319	21 310	20 156	1 831,9	677,1	131,4	109,5
1993	1 571	64	1 341	66	15 528	296	20 325	22 411	2 031,6	746,0	...	118,7

Jahr	Steuern								Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauch-steuern	Gewerbe-steuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁷	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommen-steuer				insgesamt	Kredit-mittel
				Mill. DM								
1989	6 480	6 937	2 445	3 681	7 899	5 396	1 398	491	952	18 836	3 619	2 857
1990	6 094	7 176	2 431	3 630	7 890	5 310	1 506	137	966	20 128	3 794	2 957
1991	6 951	7 685	2 761	4 332	8 825	6 214	1 431	125	1 062	20 990	4 058	3 188
1992	7 919	8 351	3 012	4 937	10 061	7 059	1 637	117	1 235	22 081	4 226	3 331
1993	8 320	8 795	3 158	5 506	10 645	7 333	1 676	44	1 182	23 873	4 494	3 546

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet ¹					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁸		für Wohn-gebäude 1985 = 100	Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1985 = 100		Industriearbeiter ⁹		Angestellte in Industrie ⁹ und Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe			Öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte 1985 = 100	land-wirt-schaftlicher Produkte 1985 = 100		insgesamt	darunter Nahrungs-mittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Beamte A 9 (Inspektor)
			DM					DM				
1989	99,3	99,8	109,4	104,2	102,6	78	55	4 12	2 82	4 77	3 75	2 805
1990	101,0	94,7	116,4	107,0	105,6	82	57	4 29	2 95	4 97	3 82	2 852
1991	103,4	94,1	124,3	110,7	108,6	86	60	4 53	3 19	5 32	4 04	3 020
1992	104,8	91,9	131,3	115,1	112,1	89 ^a	64 ^a	4 80 ^a	3 33 ^a	5 45 ^a	4 28	3 200
1993	104,8	84,7	137,2	119,9	114,4	93 ^a	66 ^a	5 07 ^a	3 53 ^a	5 72 ^a	4 41	3 294

¹ Errichtung neuer Gebäude
² 1. Förderungsweg
³ nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen
⁴ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr
⁵ einschließlich Kombinationskraftwagen
⁶ ohne Postspareinlagen
⁷ einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände
⁸ ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer
⁹ einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk
¹⁰ Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
^a Die Zahlen ab 1992 (neuer Berichtskreis) sind mit den davorliegenden Ergebnissen nicht voll vergleichbar.
 Hinweis: * Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1992	1993	1993			1994			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 662	2 687	p 2 691	p 2 693	p 2 693
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	1 575	1 538	p 2 014	p 1 380	p 894
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	71	6,9	p 9,1	p 6,0	p 4,0
Lebendgeborene	Anzahl	2 396	2 386	p 2 470	p 2 381	p 2 158
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	10,8	10,7	p 11,2	p 10,3	p 9,8
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 525	2 602	p 2 431	p 2 517	p 2 715
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,4	11,6	p 11,0	p 11,0	p 12,3
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	14	12	p 13	p 15	p 8
	je 1 000 Lebendgeborene	5,8	5,0	p 5,3	p 6,4	p 3,7
Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 29	- 216	p 39	p - 56	p - 557
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 0,6	- 1,0	p 0,2	p - 0,7	p - 2,5
Wanderungen										
Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	12 395	10 391	9 447	11 149	9 583
Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	9 679	8 900	8 312	9 205	8 513
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 715	+ 1 491	1 135	1 944	1 070
Innerhalb des Landes Umgezogene¹	Anzahl	10 160	10 357	10 076	10 331	10 455
Wanderungsfälle	Anzahl	32 234	29 648	27 835	30 685	28 551
Arbeitslage										
Arbeitslose (Monatsende)	1 000	81	89	91	95	99	99	95	97	99
darunter Männer	1 000	46	51	52	54	56	56	54	55	56
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	10,3	16,2	11,7	11,8	11,4	2,3	2,6	1,8	1,9
darunter Männer	1 000	8,5	13,7	9,6	9,6	9,4	1,8	1,9	1,4	1,5
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	12,5	9,1	9,8	8,4	7,3	10,7	10,8	9,6	8,4
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 435 ^a	1 424 ^a
darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	440 ^a	431 ^a
Schweine	1 000	1 397 ^a	1 378 ^a	.	.	.	1 361	.	.	.
darunter Zuchtsauen	1 000	140 ^a	130 ^a	.	.	.	127	.	.	.
darunter trächtig	1 000	98 ^a	89 ^a	.	.	.	89	.	.	.
Schlachtungen²										
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	46	36	44	41	42	30	36	36	34
Kälber	1 000 St.	1	1	4	3	3	1	1	0	1
Schweine	1 000 St.	154	159	157	158	163	142	137	137	147
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	1	1	2	0	1	1	1
Schlachtmenge³ aus gewerblichen Schlachtungen²										
(ohne Geflügel)	1 000 t	27,9	25,8	29,1	27,7	28,0	22,6	24,4	24,3	24,1
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	13,9	11,1	14,2	12,7	12,7	9,5	11,7	11,5	10,4
Kälber	1 000 t	0,1	0,2	0,5	0,3	0,4	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	13,7	14,2	14,1	14,4	14,7	12,6	12,3	12,4	13,3
Durchschnittliches Schlachtgewicht für²										
Rinder (ohne Kälber)	kg	307	313	325	316	308	315	326	324	312
Kälber	kg	127	129	131	129	129	134	134	138	139
Schweine	kg	89	90	90	92	91	89	90	91	91
Geflügel										
Eingelegte Bruteier⁴	für Legehennenküken	1 000	101	89
	für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-
Geflügelfleisch⁵	1 000 kg	60	58
Milcherzeugung										
	1 000 t	191	193	186	188	180	182	184	190	184
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95	95	93	94	95	93	94	94	95
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	14,0	14,5	14,2	13,9	13,7	13,6	14,2	14,2	14,2

¹ ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

² bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere

³ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

⁴ in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

⁵ aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

^a Dezember

		1992	1993	1993			1994			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe¹										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	180	171	171	169	168	164	163	163	163
darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	119	111	110	109	108	105	105	104	105
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 983	14 691	15 174	14 702	14 858	13 778	14 507	14 208	14 635
Lohnsumme	Mill. DM	442,4	422,7	411,0	402,9	552,4	410,4	408,6	407,8	5 313
Gehaltssumme	Mill. DM	354,0	360,6	343,0	334,4	469,5	338,8	352,1	341,8	465,5
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 299	2 308	2 170	2 390	2 106	2 303	2 983	2 465	2 513
aus dem Inland	Mill. DM	1 652	1 573	1 625	1 524	1 544	1 577	1 658	1 614	1 637
aus dem Ausland	Mill. DM	646	735	545	865	563	726	1 325	852	876
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 102	3 943	4 354	4 078	3 966	3 895	4 263	4 234	4 627
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 233	3 117	3 379	3 116	3 168	3 094	3 339	3 285	3 426
Auslandsumsatz	Mill. DM	869	826	975	962	797	801	924	949	1 201
Kohleverbrauch ²	1 000 t SKE	15	16
Gasverbrauch ³	Mill. m ³	41,4	43,0
Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
Heizölverbrauch ⁴	1 000 t	74	77
leichtes Heizöl	1 000 t	7	7
schweres Heizöl	1 000 t	67	70
Stromverbrauch ⁵	Mill. kWh	311	311	326	335	330	311	312	320	338
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	33	36	36	46	48	28	30	43	50
Index der Nettoproduktion für Betriebe im Produzierenden Gewerbe ⁶	1985 = 100	130,0	124,6	132,8	130,2	131,1
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 264	1 743	1 365	1 484	1 462	1 131	1 457	2 097	...
Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	1 023	1 028	990	1 075	1 143	940	963	1 040	...
Gas erzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
Handwerk (Meßzahlen)⁷				3. Vj. 93			3. Vj. 94			
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.09.1976 = 100	113,6	114,3	114,3	.	.	.	114,4	.	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	228,1	222,1	232,7	.	.	.	244,3	.	.
Bauhauptgewerbe⁸										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	44 424	45 420	46 592	46 637	46 299	48 198	48 296	48 199	47 618
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 796	4 739	5 692	5 401	4 571	5 452	5 710	5 404	5 421
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	1 971	2 059	2 495	2 470	2 065	2 536	2 735	2 583	2 651
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 315	1 251	1 469	1 305	1 121	1 421	1 341	1 296	1 253
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 432	1 343	1 626	1 545	1 281	1 425	1 564	1 463	1 446
Lohnsumme	Mill. DM	133,4	139,1	148,6	140,0	220,4	165,6	153,8	150,2	249,3
Gehaltssumme	Mill. DM	28,5	31,5	30,0	30,9	49,2	32,4	32,8	32,1	54,9
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	544,4	558,1	651,8	626,5	708,5	728,5	748,3	720,7	798,8
Auftragseingang ⁹	Mill. DM	322,4	341,6	371,1	312,3	351,7	406,8	387,6	377,8	288,2
Ausbaugewerbe⁹										
Beschäftigte	Anzahl	9 477	9 906	10 192	10 450	10 366	10 567	10 661	11 089	11 081
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 107	1 136	1 221	1 195	1 234	1 237	1 263	1 290	1 349
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	32,2	85,2	35,8	35,9	46,0	39,5	38,3	39,5	50,9
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	104,4	106,9	118,8	126,9	139,3	123,2	120,9	132,0	157,2

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1 1

² 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ)

³ 1 000 m³ Gas H₀ = 35,169 MJ/m³ = 1,2 t SKE

⁴ 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE

⁵ 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE

⁶ ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung

⁷ ohne handwerkliche Nebenbetriebe

⁸ auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

⁹ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1992	1993	1993			1994			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
BAUTÄTIGKEIT										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	606	725	755	664	785	917	890	773	665
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	482	570	563	501	619	701	640	559	431
2 Wohnungen	Anzahl	66	78	93	68	84	119	144	122	95
Rauminhalt	1 000 m ³	565	731	784	734	756	908	865	773	83
Wohnfläche	1 000 m ²	103	135	145	136	138	167	164	145	159
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	108	103	118	96	111	122	141	116	104
Rauminhalt	1 000 m ³	541	624	1 043	496	583	548	1 095	455	387
Nutzfläche	1 000 m ²	91	93	119	75	95	87	184	76	65
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 395	1 838	1 944	1 888	1 839	2 152	2 108	1 967	2 325
HANDEL UND GASTGEWERBE										
Ausfuhr										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 096,3	p 947,5	886,4	1 235,0	954,9	1 100,4
davon Güter der										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	173,9	p 138,4	141,5	143,7	140,6	117,8
gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	922,5	p 809,1	744,9	1 091,2	814,4	982,6
davon										
Rohstoffe	Mill. DM	16,4	p 18,3	17,7	23,1	21,8	19,5
Halbwaren	Mill. DM	56,2	p 54,4	58,6	51,9	46,9	51,3
Fertigwaren	Mill. DM	849,9	p 736,4	668,6	1 016,3	745,7	911,8
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. DM	106,7	p 102,9	95,6	117,0	114,0	120,0
Enderzeugnisse	Mill. DM	743,3	p 633,5	573,0	899,3	631,7	791,8
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
EU-Länder	Mill. DM	514,6	p 426,6	432,9	701,8	414,8	373,2
darunter Niederlande	Mill. DM	102,7	p 80,8	79,4	74,7	83,7	80,2
Frankreich	Mill. DM	83,5	p 68,7	82,7	84,7	78,0	66,8
Dänemark	Mill. DM	82,9	p 63,0	68,5	74,4	64,6	60,0
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	77,2	p 62,1	63,9	66,3	62,5	60,3
Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1986 = 100	142,9	141,9	138,0	140,2	148,1	138,2	136,6	135,9	...
Gastgewerbeumsätze (Meßzahl)	1986 = 100	126,9	126,4	144,2	123,6	94,2	173,9	140,8	121,7	...
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten										
Ankünfte	1 000	344	330	423	348	196	p 472	p 422	p 344	...
darunter von Auslandsgästen	1 000	41	29	29	25	24	p 36	p 30	p 23	...
Übernachtungen	1 000	1 843	1 832	2 479	1 686	730	p 3 494	p 2 307	p 1 673	...
darunter von Auslandsgästen	1 000	82	61	60	54	55	p 77	p 62	p 54	...
VERKEHR										
Schifffahrt¹										
Güterempfang	1 000 t	1 685	1 775	1 963	2 017	1 835
Güterversand	1 000 t	924	946	1 032	992	1 010
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	139	157	153	134	152	174
Güterversand	1 000 t	152	166	139	127	188	227
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge²										
Anzahl		11 888	9 714	9 346	9 990	8 405	7 444	8 734	8 700	...
darunter Krafträder	Anzahl	471	550	265	183	124	510	277	205	...
Personenkraftwagen ³	Anzahl	10 444	8 355	8 297	8 412	7 639	6 244	7 758	7 763	...
Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	662	539	558	526	482	507	509	550	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 369	1 294	1 402	1 292	1 110	1 440	r 1 280	p 1 243	p 1 223
Getötete Personen	Anzahl	27	25	40	29	30	24	r 16	p 18	p 24
Verletzte Personen	Anzahl	1 776	1 694	1 831	1 683	1 427	1 886	r 1 692	p 1 617	p 1 575

¹ ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

² mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

³ einschließlich Kombinationskraftwagen

		1992	1993	1993			1994			
		Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
GELD UND KREDIT										
Insolvenzen										
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte, ohne Anschlußkonkurse)	Anzahl	46	54	32	73	49	69	64	83	44
Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-	-	-
Kredite und Einlagen¹										
		4-Monats-durchschnitt³								
Kredite ² an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	95 576	104 520	105 674	-	-	-	114 903	-	-
darunter										
Kredite ² an inländische Nichtbanken	Mill. DM	93 983	102 724	103 804	-	-	-	113 047	-	-
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	12 505	13 313	13 404	-	-	-	13 170	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	12 182	12 289	12 223	-	-	-	12 686	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	323	1 024	1 181	-	-	-	284	-	-
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 153	6 603	6 543	-	-	-	6 188	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 034	5 385	5 373	-	-	-	5 157	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 119	1 218	1 170	-	-	-	1 031	-	-
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	75 324	82 058	80 857	-	-	-	93 689	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	55 074	60 871	61 509	-	-	-	69 203	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	20 250	21 937	22 348	-	-	-	24 486	-	-
Einlagen und aufgenommene Kredite ² von Nichtbanken	Mill. DM	68 591	73 802	73 498	-	-	-	79 043	-	-
Sichteinlagen und Termingelder										
von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	49 091	52 100	-	51 922	-	-	54 609	-	-
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	43 453	46 284	-	46 165	-	-	48 638	-	-
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 638	5 816	-	5 757	-	-	5 971	-	-
Spareinlagen	Mill. DM	19 500	20 695	-	20 580	-	-	23 381	-	-
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 221	20 381	-	20 272	-	-	23 040	-	-
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	279	314	-	308	-	-	341	-	-
STEUERN										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
		Vierteljahres-durchschnitt			3. Vj. 93			3. Vj. 94		
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	3 912	4 226	4 264	-	-	-	4 260	-	-
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	2 678	2 850	2 862	-	-	-	2 745	-	-
Lohnsteuer ⁴	Mill. DM	1 949	2 033	2 027	-	-	-	2 041	-	-
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	409	419	443	-	-	-	339	-	-
nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	57	61	63	-	-	-	93	-	-
Körperschaftsteuer ⁴	Mill. DM	263	294	290	-	-	-	269	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 234	1 376	1 397	-	-	-	1 518	-	-
Umsatzsteuer	Mill. DM	856	1 209	1 238	-	-	-	1 346	-	-
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	378	167	159	-	-	-	172	-	-
Bundessteuern	Mill. DM	58	42	29	-	-	-	33	-	-
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	29	11	10	-	-	-	10	-	-
Landessteuern	Mill. DM	270	286	282	-	-	-	306	-	-
Vermögensteuer	Mill. DM	44	52	55	-	-	-	51	-	-
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	123	124	120	-	-	-	138	-	-
Biersteuer	Mill. DM	8	7	10	-	-	-	9	-	-
Gemeindesteuern	Mill. DM	...	412	455	-	-	-	462	-	-
Grundsteuer A	Mill. DM	...	8	8	-	-	-	10	-	-
Grundsteuer B	Mill. DM	...	91	114	-	-	-	118	-	-
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	309	295	316	-	-	-	312	-	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 980	2 080	2 092	-	-	-	2 139	-	-
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 095	1 159	1 171	-	-	-	1 133	-	-
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	802	867	880	-	-	-	956	-	-
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	25	11	12	-	-	-	17	-	-
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	2 088	2 199	2 237	-	-	-	2 219	-	-
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 247	1 341	1 351	-	-	-	1 258	-	-
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	541	552	585	-	-	-	622	-	-
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	30	20	18	-	-	-	33	-	-
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	...	789	804	-	-	-	792	-	-
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵	Mill. DM	...	263	286	-	-	-	262	-	-
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer sowie Zinsabschlag	Mill. DM	389	410	379	-	-	-	381	-	-

¹ Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 01.01.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

² einschließlich durchlaufender Kredite ³ Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember

⁴ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

⁵ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1992	1993	1993			1994			
	Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
PREISE									
Preisindexziffern im Bundesgebiet* 1985 = 100									
Einfuhrpreise ¹	80,1	78,5	77,6	77,7	78,1	78,9	79,1	79,2	...
Ausfuhrpreise ¹	104,5	104,8	104,7	104,7	104,8	105,7	105,9	106,2	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ¹	89,9	88,1	87,4	87,3	87,5	89,6	89,8
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ¹ 1991 = 100	101,4	101,4	101,3	101,2	101,2	102,1	102,0	102,2	...
landwirtschaftlicher Produkte ¹	91,9	84,7	82,6	81,8	84,0	p 85,7	p 86,1
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude 1991 = 100	105,7	110,5	-	-	111,2	113,3	-	-	...
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ¹	100,8	...	98,3	97,6	98,1	p 100,4	p 100,2
Einzelhandelspreise	109,8	112,1	112,1	112,3	112,4	113,5	113,5	113,6	113,6
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	115,1	119,9	120,3	120,6	120,9	123,8	123,9	124,0	124,2
darunter für									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	112,1	114,4	114,0	114,0	114,3	116,6	116,6	116,6	116,4
Bekleidung, Schuhe	113,3	116,4	116,9	117,1	117,4	118,0	118,2	118,3	118,6
Wohnungsmieten	123,8	131,1	132,5	133,0	133,3	137,8	138,2	138,7	139,1
Energie (ohne Kraftstoffe)	89,8	91,0	90,7	91,3	91,3	91,2	91,0	91,2	91,0
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	114,4	118,0	118,5	118,8	119,0	120,5	120,6	120,7	121,1
LÖHNE UND GEHÄLTER									
- Effektivverdienste in DM -									
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau mit Handwerk									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	899	930	-	951	-	-	-	...	-
darunter Facharbeiter	948	976	-	994	-	-	-	...	-
weibliche Arbeiter	640	665	-	674	-	-	-	...	-
darunter Hilfsarbeiter	610	633	-	642	-	-	-	...	-
Bruttostundenverdienst									
männliche Arbeiter	22,93	24,15	-	24,35	-	-	-	...	-
darunter Facharbeiter	24,31	25,51	-	25,74	-	-	-	...	-
weibliche Arbeiter	16,74	17,70	-	17,89	-	-	-	...	-
darunter Hilfsarbeiter	15,88	16,71	-	16,88	-	-	-	...	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	39,2	38,3	-	39,0	-	-	-	...	-
weibliche Arbeiter (Stunden)	38,2	37,6	-	37,7	-	-	-	...	-
Angestellte, Bruttomonatsverdienste									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau mit Handwerk									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	5 577	5 822	-	5 854	-	-	-	...	-
weiblich	3 867	4 024	-	4 041	-	-	-	...	-
Technische Angestellte									
männlich	5 712	5 967	-	6 010	-	-	-	...	-
weiblich	3 854	4 049	-	4 090	-	-	-	...	-
in Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	4 475	4 735	-	4 766	-	-	-	...	-
weiblich	3 132	3 338	-	3 378	-	-	-	...	-
Technische Angestellte									
männlich	3 946	4 167	-	4 230	-	-	-	...	-
weiblich	3 094	3 242	-	3 366	-	-	-	...	-
in Industrie ² , Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	4 808	5 071	-	5 101	-	-	-	...	-
weiblich	3 330	3 533	-	3 564	-	-	-	...	-
Technische Angestellte									
männlich	5 453	5 724	-	5 770	-	-	-	...	-
weiblich	3 725	3 925	-	3 983	-	-	-	...	-

¹ ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

² einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk

Hinweis: * Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

Kreiszahlen Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30.04.1994			Bevölkerungsveränderung im April 1994			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im November 1994 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn (+) oder -verlust (-)	Bevölkerungs- zunahme (+) oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- Monat ¹						
		%							
FLENSBURG	87 932	± 0,0	+ 0,5	+ 8	- 3	+ 5	35	-	44
KIEL	248 141	± 0,0	- 0,5	- 44	+ 1	- 43	118	-	151
LÜBECK	217 284	+ 0,1	± 0,0	- 25	+ 244	+ 219	96	1	108
NEUMÜNSTER	81 949	± 0,0	+ 0,2	- 26	- 1	- 27	58	-	66
Dithmarschen	132 491	+ 0,1	+ 0,6	- 34	+ 114	+ 80	68	4	89
Herzogtum Lauenburg	166 662	± 0,0	+ 0,8	- 12	+ 24	+ 12	84	2	111
Nordfriesland	156 906	+ 0,1	+ 0,7	± 0	+ 200	+ 200	55	3	64
Ostholstein	195 289	- 0,1	+ 0,6	- 71	- 143	- 214	78	-	90
Pinneberg	279 570	± 0,0	+ 0,9	+ 1	+ 114	+ 115	111	2	149
Plön	123 412	- 0,1	+ 0,6	- 34	- 1 227	- 1 261	43	2	55
Rendsburg-Eckernförde	254 153	± 0,0	+ 0,6	+ 8	+ 115	+ 123	119	2	168
Schleswig-Flensburg	185 041	± 0,0	+ 0,7	+ 2	+ 58	+ 60	81	1	111
Segeberg	231 986	+ 0,1	+ 1,4	- 26	+ 188	+ 162	122	2	158
Steinburg	131 197	+ 0,1	+ 0,1	+ 20	+ 47	+ 67	60	2	82
Stormarn	204 861	± 0,0	+ 0,5	- 3	+ 73	+ 70	95	3	129
Schleswig-Holstein	2 696 874	± 0,0	+ 0,5	- 236	- 196	- 432	1 223	24	1 575

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³			Kraftfahrzeugbestand ⁵ am 01.07.1994		
	Betriebe am 30.11.1994	Beschäftigte am 30.11.1994	Umsatz ⁴ im Nov. 1994 Mill. DM	ins- gesamt	Pkw ⁶	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷
FLENSBURG	67	9 334	351	43 289	38 132	434
KIEL	131	18 260	629	120 247	106 130	428
LÜBECK	127	18 201	405	106 128	93 678	431
NEUMÜNSTER	70	8 440	142	45 276	39 757	485
Dithmarschen	69	7 029	365	84 428	68 604	518
Herzogtum Lauenburg	114	8 047	154	103 532	89 151	535
Nordfriesland	59	3 123	80	101 675	82 937	529
Ostholstein	86	6 595	157	115 907	98 951	507
Pinneberg	202	18 800	530	165 611	143 436	513
Plön	46	2 871	70	73 089	61 598	499
Rendsburg-Eckernförde	124	9 181	232	157 634	131 908	519
Schleswig-Flensburg	72	4 618	130	117 592	95 678	517
Segeberg	209	19 376	558	158 107	134 677	581
Steinburg	81	8 661	258	83 079	68 390	521
Stormarn	177	20 569	567	132 424	115 388	563
Schleswig-Holstein	1 634	163 105	4 627	1 608 018	1 368 415	507

¹ nach dem Gebietsstand vom 30.04.1994

² einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

³ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

⁴ ohne Umsatzsteuer

⁵ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

⁶ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁷ Bevölkerungsstand: 30.04.1994

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe ²		
	Einwohner am 31.03.1994		Arbeitslose Ende November 1994			Kurzarbeiter Mitte November 1994	offene Stellen Ende November 1994	Be- schäftigte am 31.10.1994	Umsatz ³ im Oktober 1994	
	1 000	Veränderung ¹	1 000	Veränderung ¹	Arbeitslosen- quote				1 000	1 000
		%		%						
Baden-Württemberg	10 238	+ 0,7	322,2	+ 3,8	6,5	31,8	36,2	1 282	28 964	31
Bayern	11 870	+ 0,6	330,3	- 2,4	5,6	31,7	48,0	1 259	28 098	31
Berlin	3 479	+ 0,3	203,3	+ 1,3	-	3,6	16,1	165	4 925	14
Brandenburg	2 535	- 0,5	157,4	- 11,4	12,8	14,1	9,8	106	1 575	8
Bremen	682	- 0,4	38,5	+ 1,3	12,1	4,5	1,8	73	2 456	47
Hamburg	1 704	+ 0,5	71,5	+ 9,2	8,8	3,5	5,0	120	8 218	12
Hessen	5 967	+ 0,5	201,1	+ 5,6	7,1	11,0	16,9	551	12 741	29
Mecklenburg-Vorpommern	1 840	- 1,1	124,9	- 15,8	14,1	3,4	5,4	51	933	26
Niedersachsen	7 658	+ 0,9	325,3	+ 0,6	9,2	16,4	22,2	594	15 794	28
Nordrhein-Westfalen	17 767	+ 0,4	754,4	+ 1,5	9,4	33,5	51,7	1 705	42 624	27
Rheinland-Pfalz	3 931	+ 1,0	126,0	- 0,4	7,1	7,2	14,4	334	9 498	39
Saarland	1 084	± 0,0	48,7	- 3,1	10,6	7,1	3,1	116	2 565	31
Sachsen	4 601	- 0,7	274,8	- 15,2	12,6	15,6	19,3	214	2 982	9
Sachsen-Anhalt	2 772	- 0,7	190,1	- 16,7	14,1	17,7	12,8	138	2 226	11
Schleswig-Holstein	2 697	+ 0,5	99,1	- 0,2	7,8	1,9	8,4	163	4 234	22
Thüringen	2 529	- 0,4	162,5	- 16,7	13,3	12,1	9,0	121	1 934	13
Bundesrepublik Deutschland	81 354	- 0,3	3 430,4	- 3,6	-	215,0	280,2	6 990	169 767	27
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	65 775	+ 0,6	2 449,9	+ 1,7	7,9	150,0	215,6	6 326	159 680	28
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 579	- 0,6	980,4	- 14,9	13,0	65,0	64,6	664	10 086	12

Bundesland	Bauhauptgewerbe			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr ⁵ im August 1994		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁶ im September 1994				
	Beschäftigte am 31.08.1994	Baugewerblicher Umsatz ³ im August 1994			Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte		
		1 000	Mill. DM	Ver- änderung ¹			Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl
	%			%							
Baden-Württemberg	177	2 412	± 0,0	9 120	1 065 860	4 120 632	- 6,2	3 552	- 4,2	4 926	139
Bayern	257	3 787	+ 12,0	12 011	1 855 233	8 758 814	- 4,7	5 411	- 0,8	7 710	142
Berlin	62	1 063	+ 8,9	1 814	256 706	619 868	- 8,5	1 619	+ 1,6	1 920	119
Brandenburg	59	682	+ 8,9	1 638	174 746	617 058	+ 31,3	1 431	+ 5,9	1 928	135
Bremen	11	174	+ 15,5	320	44 608	90 335	+ 8,6	338	+ 16,2	409	121
Hamburg	22	446	+ 1,6	1 080	192 789	364 399	+ 2,4	851	+ 1,3	1 082	127
Hessen	91	1 271	- 2,5	5 631	672 956	2 559 068	- 3,4	2 388	- 2,8	3 203	134
Mecklenburg-Vorpommern	48	582	+ 5,6	727	321 703	1 438 567	+ 13,3	864	+ 2,7	1 182	137
Niedersachsen	124	1 887	+ 4,9	7 158	784 371	3 874 401	- 5,9	3 254	- 14,1	4 408	135
Nordrhein-Westfalen	234	3 412	+ 5,1	11 749	995 884	3 244 890	+ 1,1	6 904	- 6,9	9 039	131
Rheinland-Pfalz	59	846	+ 11,8	3 965	561 275	1 956 552	+ 4,1	1 568	- 4,1	2 120	135
Saarland	16	230	+ 3,1	806	46 620	181 449	+ 6,0	460	- 2,5	635	138
Sachsen	127	1 662	+ 48,3	2 094	225 695	740 643	+ 11,5	1 807	+ 4,0	2 395	133
Sachsen-Anhalt	87	1 151	+ 13,9	2 222	132 311	402 129	+ 26,6	1 384	+ 12,2	1 827	132
Schleswig-Holstein	47	723	+ 16,4	2 152	460 202	3 389 575	- 4,3	1 280	- 8,7	1 708	133
Thüringen	69	877	+ 18,2	1 066	188 220	640 120	+ 10,1	1 080	+ 14,8	1 440	133
Bundesrepublik Deutschland	1 489	21 204	+ 9,2	63 553	7 979 179	32 998 498	- 1,7	35 041	- 0,3	47 047	134
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	1 082	16 008	+ 5,9	54 578	6 868 510	28 992 652	- 3,7	27 839	- 2,3	37 501	135
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	407	5 196	+ 20,9	8 975	1 110 669	4 005 846	+ 15,4	7 202	+ 8,2	9 546	133

¹ gegenüber Vorjahresmonat

² Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

³ ohne Umsatzsteuer

⁴ Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in %

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten

⁶ Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- ≐ = entspricht